

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1992

Linz 1993

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Georg Wacha (Linz): Der Mayr zu Mairstorf und die Riesenederkapelle in Urfahr	11
Wieland Mittmannsgruber (Linz): Die Linzer Stadtverwaltung während der NS-Zeit 1938–1945. Organisation – Führungskräfte – Aktivitäten	19
Hanns Kreczi (Linz): Linzer Kulturpolitik miterlebt und mitgestaltet (1948–1962)	151
Buchbesprechungen	345

WIELAND MITTMANNSTRUBER

DIE LINZER STADTVERWALTUNG WÄHREND DER NS-ZEIT 1938 – 1945

Organisation – Führungskräfte – Aktivitäten

INHALTSÜBERSICHT

Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation vor dem „Anschluß“ 21

Arbeitslosigkeit 21 Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Not 22 Sozialer Wohnbau 23 Freiwilliger Arbeitsdienst 24 Fürsorgearbeit 25 Winterhilfswerk 27 Die politischen Verhältnisse 27 „Vaterländische Front“ 28 Anschlußidee 31 Österreichische NSDAP (Hitlerbewegung) 32 Gegenmaßnahmen der Bundesregierung 32 Juliabkommen 1936 33 Begegnung Schuschnigg-Hitler 34 Februar 1938 in Linz 35

Nationalsozialistische Ära 37

Machtübernahme 37 Der „Führer“ kommt nach Linz 37 Erste Maßnahmen der nunmehrigen Machthaber 39 Die Volksabstimmung am 10. April 1938 41 Das Aufbauprogramm 42 Der neue Linzer Bürgermeister 45 Die Linzer Stadtverwaltung nach der Wende 47 Nationalsozialisten als „Postenjäger“ 50 Einführung der Deutschen Gemeindeordnung 51 Erste größere Änderungen in der Verwaltungsorganisation 52 Organisationsplan 1938 52 Aufteilung der Arbeitsgebiete 55 Aktivitäten des Bürgermeisters 56 Die Ratsherren der Stadt Linz 62 Eingemeindungen 1938–1939 64 Sepp Wolkerstorfer als Bürgermeister vereidigt 66 Dr. Leo Sturma neuer Oberbürgermeister 67 Aufbau einer Musterverwaltung 69 Geschäftsverteilungsplan 1940 72 Neue Amtstitel ab September 1940 77 Änderung der Hauptsatzung 80 Katastrophale Wohnungsnot in Linz 81 Das geplante Aufbauwerk des Oberbürgermeisters 84 Umfassende Neuorganisation der Stadtverwaltung 86 Geschäftsverteilungsplan 1942 88 Die Errichtung neuer Dienststellen zwischen 1942 und 1944 120 Amtsgebäude und Diensträume 124 Ablöse des Oberbürgermeisters Dr. Leo Sturma durch Franz Langoth 126 Die Entwicklung auf dem Personalsektor 130 Verwaltungsvereinfachung und Personaleinsparung 133 Arbeitszeit und Urlaubsanspruch 134 Sonstige spezielle Anordnungen 138 Luftschutzmaßnahmen 140 Tod und Zerstörung 147

Vorbemerkung

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten kamen nicht nur neue Männer an die Spitze der Linzer Stadtverwaltung, auch der Aufbau und die Organisation sowie die Aufgabenbereiche der Organe der Stadt (Gemeinderat, Bürgermeister, Stadtrat, Magistrat) sind den Alt-reichsverhältnissen angepaßt und damit entscheidend verändert worden.

Gesetzliche Grundlage der Gemeindeorganisation und der Verwaltungstätigkeit der Gemeinden war damals die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Jänner 1935,¹ welche in Österreich mit Wirkung vom 1. Oktober 1938² eingeführt wurde. So wie für den Staat, galt damit auch für die Gemeinden das Führerprinzip, das Recht auf Selbstverwaltung war weitgehend ausgeschaltet. Der Gemeinderat hatte keinerlei Entscheidungsbefugnis mehr, seine Kompetenzen beschränkten sich auf die Beratung des Oberbürgermeisters. Die Ratsherren sollten vor allem Bindeglied zwischen der Bürgerschaft, der Partei und der Stadtverwaltung sein;³ die Entscheidungen traf, in der Regel nach Beratung mit dem Stadtrat, allein der Oberbürgermeister.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich nicht nur mit der eigentlichen NS-Zeit zwischen 1938 und 1945, sondern versucht auch, auf die Hintergründe, die zur Entwicklung im März 1938 und schließlich zur Katastrophe geführt hatten, in komprimierter Form einzugehen.

Schwerpunkte dieser zeitgeschichtlichen Dokumentation sind, wie aus dem Titel bereits hervorgeht, vor allem die Darstellung des Aufbaues der Linzer Stadtverwaltung während der NS-Ära, eine Übersicht über die damals verantwortlichen Stadtpolitiker und führenden Beamten, ihre Arbeitsbereiche und ihre Tätigkeiten sowie der Versuch, seinerzeitige Verhältnisse in der Stadt Linz und vor allem im Bereich der Stadtverwaltung möglichst umfassend und korrekt zu beschreiben.

Manche Situationen und Details konnten aufgrund der vorhandenen Archivalien sehr ausführlich wiedergegeben werden, bei anderen Geschehnissen war lediglich eine oberflächliche Behandlung oder Erwähnung möglich. So ist es z. B. nicht gelungen, alle Dienststellenleiter der Stadtverwaltung zwischen 1938 und 1945 lückenlos zu erfassen, da viele von ihnen zur Wehrmacht mußten, manche verwundet wurden, dann zeitweise wieder in der Dienststelle eingesetzt waren, in andere Ämter wechselten, wiederum einrücken mußten, in Gefangenschaft gerieten usw.

Trotz einzelner Dokumentationslücken wird es dem Leser jedoch möglich sein, einen umfassenden Überblick über die Linzer Stadtverwaltung während der Herrschaft des Nationalsozialismus zu erhalten.

¹ Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Jänner 1935, 49 ff.

² Reichsgesetzblatt 1938, Teil I, Verordnung über die Einführung der Deutschen Gemeindeordnung im Lande Österreich vom 15. September 1938, 1167 ff.

³ Hauptgeschäftsordnung der Gauhauptstadt Linz (HGO) vom 1. Oktober 1941, § 21. In: Verwaltungsblatt der Gauhauptstadt Linz 1941, Jg. 2, Nr. 6, 115 ff.

⁴ Harry Slapnicka, Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß 1927–1938 (Beiträge zur Geschichte Oberösterreichs 2). Linz 1975, 210.

DIE WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND POLITISCHE SITUATION VOR DEM „ANSCHLUSS“

So wie im übrigen Bundesgebiet herrschte vor dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich auch in Linz große Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und eine beispiellose Verarmung gewisser Bevölkerungsschichten. Es zeichnete sich zwar seit geraumer Zeit eine Verbesserung bzw. ein bescheidener Aufschwung in bestimmten Bereichen ab, doch die Entwicklung, welche im März 1938 zu gewaltigen Veränderungen führen sollte, war nicht mehr aufzuhalten.

Arbeitslosigkeit

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hielt sich die Arbeitslosigkeit in Oberösterreich bzw. in Linz noch in Grenzen. Erst im Dezember 1925 ergaben sich erstmals überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen (in Oberösterreich 28.905 Vorgemerkte), die in den folgenden Jahren rasant anstiegen und im Winter 1932/33 den Höchststand erreichten. Damals waren 48.000 Oberösterreicher arbeitslos, jeder zehnte Arbeitsfähige hatte keine Beschäftigung.⁴ Im Bereich des Arbeitsamtes Linz⁵ betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Jahr 1925 durchschnittlich 5.835 und kletterte dann auf 10.945 im Jahr 1933.⁶ In den folgenden Jahren verzeichnete man in ganz Österreich ein ständiges Absinken der Arbeitslosenrate. Der Anteil Oberösterreichs an der gesamtösterreichischen Arbeitslosigkeit war 1937 mit 7,13 Prozent am niedrigsten. (Der Anteil der oberösterreichischen Bevölkerung an der gesamtösterreichischen betrug 13,55 Prozent).⁷ Beim Arbeitsamt Linz waren 1937 durchschnittlich 7.622 unterstützte Arbeitslose registriert. Dazu kamen noch mehrere hundert Arbeitssuchende, die keine Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe erhielten.

In allen diesen Zahlen scheint eine große Gruppe von Arbeitslosen nicht auf, und zwar die Ausgesteuerten. Diese Menschen, deren Existenz bzw. Anzahl in den offiziellen Statistiken in der Regel verschwiegen wurde, erhielten keine Arbeitslosenunterstützung mehr, weil ihre Arbeitslosigkeit den vorgeschriebenen Zeitraum bereits überschritten hatte. Einer Graphik aus dem Jahre 1938⁸ ist zu entnehmen, daß es in Linz im April 1938 mindestens 5.000 Ausgesteuerte gegeben hat, die oft ohne jede Existenzgrundlage leben mußten und allein auf die Nächstenliebe und Wohltätigkeit der Mitmenschen angewiesen waren. Zählt man die Familienmitglieder dazu, für die die Ausgesteuerten zu sorgen hatten, dann kann man erahnen, wie viele Linzer damals bitterste Not leiden mußten.

Eine Folge der steigenden Verelendung bestimmter Bevölkerungsschichten war die stete Zunahme der „Bettlerplage“. Bei einer in Oberösterreich im Herbst 1934 durchgeführten „Landstreife“ wurden 915 Personen festgenommen, doch sollen unmittelbar vorher bereits 4.000 bis 5.000 Bettler das Land verlassen haben.⁹

Die Arbeitslosigkeit ist unbestritten als Hauptursache der beispiellosen Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung anzusehen. Andere Gründe für die Verschlechterung der materiellen

⁵ Laut den Statistischen Vierteljahresberichten der Stadt Linz 1932–1937 erstreckte sich der Bereich des Arbeitsamtes Linz auch auf die Bezirke Linz-Land und Urfahr-Umgebung.

⁶ Eine Stadt hilft ihren armen Bürgern. In: Heimatland, Jg. 15, H. 1 (1938), 2 ff.

⁷ Slapnicka, Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 210.

⁸ Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Linz 1938, Jg. 16, Nr. 4, 43.

⁹ Slapnicka, Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 215.

Lebensbedingungen nach 1934 waren die Kürzung der Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung, des Krankengeldes sowie der Unfall- und Altersfürsorge oder jährliche Nettolohnsenkungen von fünf bis acht Prozent in den Jahren 1934-36 für praktisch alle Arbeiter und Angestellte des Industrie-, Handels- und Dienstleistungssektors. Dazu kamen noch ständig steigende Lebenshaltungskosten und eine überdurchschnittliche Erhöhung der Massensteuern.¹⁰



Abb. 1: Im Rahmen des Aufbau- bzw. Arbeitsbeschaffungsprogrammes sind in den Jahren 1935-1947 zahlreiche Bauvorhaben in Angriff genommen worden, so auch die Unterführung der Wiener Reichsstraße unter die Westbahntrasse. Im Bild die „Übersetz“ vor Beginn der Bauarbeiten. Im Hintergrund der Volksgarten (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Not

Die Wirtschaftspolitik des autoritären Ständestaates war in erster Linie auf eine Sicherung der Währungsstabilität abgestimmt. Die Regierung nahm eine hohe Arbeitslosenquote in Kauf, um die mühsam errungene Festigung des Geldwesens nicht zu gefährden. Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft waren durch die Kapitalknappheit erheblich eingeschränkt.¹¹

¹⁰ Hans Hautmann – Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Linz 1974, 172 f.

¹¹ Ebenda, 164.

Andererseits sind von der öffentlichen Hand enorme Anstrengungen unternommen worden, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die ständig steigende Verarmung vieler Menschen zu stoppen oder zumindest ihre Not zu lindern. Neben der finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen waren es vor allem Bauaufträge bzw. Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes, der Länder und der Gemeinden, welche eine erhebliche Erleichterung für zahlreiche Betroffene zur Folge hatten.

Das Aufbauprogramm der Bundesregierung, das nach offizieller Angabe vor allem der Arbeitsbeschaffung und damit der Einschränkung der Arbeitslosigkeit diene, wirkte sich auch positiv auf die Stadt Linz aus. Zahlreiche Bauvorhaben wurden zwischen 1935 und 1937 in Angriff genommen und zum Großteil auch abgeschlossen, wie z. B. der Umbau des Linzer Hauptbahnhofes (1935–1936), der Ausbau der Tabakfabrik (ab 1935), die Errichtung des 165 m hohen Funkturmes des Linzer Senders auf dem Freinberg (1935), die Schaffung eines Amtsgebäudes für die Linzer Polizeidirektion durch Umbau des Hotels de l'Europe in der Mozartstraße (1935–1936) und anschließend Errichtung des damals modernsten Polizeigefangenenhauses Österreichs im selben Gebäude (1937), Bau der Wiener Reichsstraßenunterführung („Übersetz“) beim heutigen Blumauerplatz (1936–1937) oder die Schaffung billiger Wohnungen sowie die Neuanlage mehrerer Stadtrandsiedlungen.

Sozialer Wohnbau¹²

Besonders auf dem Gebiet des sozialen Wohnbaues war Linz anderen vergleichbaren Städten weit voraus, doch konnte trotz aller Maßnahmen die ständig schlimmer werdende Wohnungsnot nicht eingedämmt werden. Obwohl man jährlich eine große Anzahl Wohnungen und Häuser (sogenannte Volkswohnungen) auch für Arbeitslose und Ausgesteuerte baute (220 im Jahr 1936), nahm die Zahl der obdachlosen Familien weiter zu.

Die Elendsbaracken am Rande der Stadt, welche unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg errichtet wurden, waren längst baufällig und abbruchreif geworden, die Absiedlung der Barackenbewohner und die Schaffung von Ersatzwohnungen ging aber viel zu langsam vor sich. Als Gründe für die katastrophalen Zustände auf dem Wohnungssektor sind vor allem die Notlage vieler Menschen sowie der öffentlichen Hand und das kontinuierliche Anwachsen der städtischen Bevölkerung zu nennen.

Im Kampf gegen die Wohnungsmisere und gleichzeitig gegen die Armut verdient ein Projekt der Linzer Stadtverwaltung besonders erwähnt zu werden, und zwar die sogenannte „Fürsorgesiedlung“ in Schörgenhub. Auf Baugrundstücken, die die Stadt Linz unentgeltlich zur Verfügung stellte, begann man im Jahr 1934 mit der Errichtung von Doppelhäusern (Zweifamilienhäuser), welche nach Fertigstellung langfristig an die Siedler vermietet wurden. Für die Wohnungswerber war kein Anfangskapital erforderlich, sie mußten sich dafür verpflichten, bei der Errichtung der Gebäude selbst mitzuhelfen und zirka 1.000 Arbeitsstunden zu leisten. Die Finanzierung der Neubauten erfolgte mit Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, errichtet wurden die Häuser durch private Bauunternehmungen unter Mithilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Siedler. War ein Bewerber arbeitslos, so bekam er auch während der Bauzeit die Arbeitslosenunterstützung und die Verpflegung an der Baustelle.

¹² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz. In: JbL 1935, 7 ff., 1936, 5 ff., 1937, 5 ff.

Gemüseanbau und Kleintierzucht auf rund 1000 m² Grund, die jedem Siedler zur Verfügung standen, ermöglichten einen bescheidenen Nebenerwerb oder halfen, die ärgste Not bei Arbeitslosigkeit zu lindern.

Ende 1937 waren 240 Häuser fertiggestellt, in denen zirka 1.200 Menschen wohnten. Der monatliche Zins für ein Haus betrug S 15,20, nach fünf Jahren Bewährungszeit sollten die Mieter der Stadt gegenüber einen Erwerbswillen äußern. Verwaltet wurde die Siedlung Schörghub vom Fürsorgeamt der Stadt Linz.



Abb. 2: Die „Fürsorgesiedlung“ in Schörghub. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung sowie der Bekämpfung der Wohnungsnot errichteten private Bauunternehmen unter Mithilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes und der künftigen Siedler auf Grundstücken, die die Stadt Linz unentgeltlich zur Verfügung stellte, von 1934–1937 240 Häuser für rund 1200 Menschen. Die Finanzierung dieses Projektes erfolgte durch den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (Foto: ASiL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

Freiwilliger Arbeitsdienst¹³

Im engen Zusammenhang mit der Errichtung neuer Stadtrandsiedlungen stand eine weitere Maßnahme der Stadt Linz bzw. des Bundes zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, nämlich die Gründung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, Lager Linz.

¹³ Arbeit die beste Fürsorge. Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt (Sonderdruck „Die Bilder-Woche“). Hrsg. v. Walter Floth. Wien o. J., 3 ff.

Vorerst 50 junge Männer, damals als „Werksoldaten“ bezeichnet, begannen am 23. September 1934 mit dem Bau der Fürsorgesiedlung Schörgenhub. Es war dies der erste Einsatz des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der sich in der Folge sehr positiv entwickelte. Untergebracht waren die Männer des Arbeitsdienstes zuerst im ehemaligen Arbeiterheim in Kleinmünchen, Ende Jänner 1935 übersiedelten sie in die Fabrikräume der stillgelegten Ciderwerke in Scharlinz,¹⁴ welche von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Den vom Arbeitsdienst selbst durchgeführten Umbau- und Adaptierungsarbeiten folgte 1936 der weitere Ausbau und damit eine Vergrößerung des Lagers.

Der Stand der Belegschaft war je nach Jahreszeit sehr verschieden. Waren es im September 1934 nur 50 Mann, beherbergte das Arbeitsdienstlager im August 1935 bereits 250 Arbeiter. Der jährliche Durchschnittstand der Belegschaft betrug zirka 150 Mann.

Die Finanzierung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der Anfang 1935 in den Österreichischen Arbeitsdienst (Ö. A. D.) eingegliedert wurde, erfolgte einerseits durch die Träger der Bauarbeiten und andererseits durch den Bund. Auftraggeber war vorwiegend die Stadt Linz, die den Arbeitsdienst nicht nur im Siedlungsbau einsetzte, sondern beispielsweise auch bei der Errichtung von Spiel-, Sport- und Tennisplätzen oder beim Straßenbau.

Die Beschäftigung beim Ö. A. D. war grundsätzlich mit 40 Wochen befristet. Bürgermeister Dr. Bock, ein großer Förderer dieser Einrichtung, ordnete jedoch an, daß Arbeiter auch nach Ablauf dieses Zeitraumes im Lager bleiben konnten und weiterbeschäftigt wurden, und zwar so lange, bis sie eine Arbeit gefunden hatten.

Die Leitung des Arbeitsdienstes (Lagerführung) lag bis April 1937 in den Händen des späteren Baudirektors der Stadt Linz, Dipl.-Ing. Josef Gerstmayer.¹⁵

Im September 1936, zwei Jahre nach der Gründung dieser paramilitärischen Einrichtung für arbeitslose Männer, ist auf Betreiben des Linzer Bürgermeisters auch ein weiblicher Arbeitsdienst ins Leben gerufen worden. Als Heim für die Mädchen im Alter von 16 bis 18 Jahren adaptierte man einen im Besitz der Stadt Linz befindlichen Bauernhof in Wagram, Gemeinde Pasching. Die zirka 30 Insassen, welche vor allem aus ärmsten, kinderreichen Familien stammten, lernten dort kochen, nähen und andere Hausarbeiten, um später leichter eine Anstellung als Hausgehilfin in Privathäusern zu bekommen. Pro Tag wurde vom Bund ein Zuschuß von S 1.80 für jede Heimbewohnerin gewährt, wovon 30 Groschen als Lohn zur Auszahlung gelangten. Das Heim bzw. der weibliche Arbeitsdienst, als dessen Träger ab 1. Jänner 1937 das Frauenreferat der Vaterländischen Front fungierte, erhielt sich von selbst, der Stadt Linz erwuchsen keine zusätzlichen Kosten.

Fürsorgearbeit

Der dritte Schwerpunkt des groß angelegten Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsprogrammes der Linzer Stadtverwaltung war die Einführung der Fürsorgearbeit mit Beschluß des Gemeindetages vom 16. März 1937. Da in den Österreichischen Arbeitsdienst nur arbeitslose Jugendliche eintreten konnten, schuf man eine weitere Einrichtung, die vorwiegend der Beschäftigung von ausgesteuerten Erhaltern kinderreicher Familien dienen sollte. Rund eintausend unterstüt-

¹⁴ Cider Obstweinkellerei, Salzburger Reichsstraße 38.

¹⁵ Dipl.-Ing. Josef Gerstmayer war vom Oktober 1967 bis Dezember 1972 Linzer Baudirektor.

zungsbedürftige Arbeitsuchende stellte die Stadt Linz innerhalb kurzer Zeit als Fürsorgearbeiter ein. Eingesetzt wurden sie fast ausschließlich im Tiefbaubereich, vor allem im Straßenbau und bei Geländeregulierungen. Die tägliche Arbeitszeit betrug fünf Stunden, der Lohn vier Schilling pro Tag.¹⁶

Ein eigenes Fürsorgearbeitstatut, das der Leiter des Jugend- und Fürsorgeamtes, Dr. Robert Flatz, ausgearbeitet hatte, regelte die dienstrechtlichen Verhältnisse.¹⁷

Konkrete Projekte bzw. Arbeiten, die von Fürsorgearbeitern ausgeführt wurden, waren z. B.: der Bau der Höhenstraße auf dem Freinberg ab April 1937 (1. Teilstück vom Gasthaus Jägermayrnhof bis zum Jesuitenkloster), die Zuschüttung einer Lehmgrube vor dem Petrinum (zirka 50.000 m³), der Ausbau und die Staubfreimachung (Imprägnierung der Straßendecke mit Öl) des Straßennetzes auf dem Froschberg, die Errichtung von Straßen und Kanälen in den neuen Stadtrandsiedlungen und archäologische Grabungen auf dem Gründberg.

In Folge der witterungsbedingten Einstellung der Tiefbauarbeiten am Ende des Jahres 1937 sind alle Fürsorgearbeiter entlassen worden und mußten nun wieder die Armenfürsorge und andere Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen.



Abb. 3: Am 16. März beschloß der Linzer Gemeindetag eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar die Einführung der Fürsorgearbeit, vorwiegend für ausgesteuerte Erhalter von kinderreichen Familien. Ein Projekt, das von Fürsorgearbeitern im April 1937 in Angriff genommen wurde, war der Bau der Höhenstraße auf dem Freinberg (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

¹⁶ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1937, Nr. 7, 86.

¹⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1937, Nr. 11, 131.

Winterhilfswerk¹⁸

Eine der bedeutendsten Aktionen im Bereich des Fürsorgewesens war das „Winterhilfswerk“ der Stadt Linz. Am 23. November 1923 beschloß der Gemeinderat auf Ansuchen des Zentralkomitees der Linzer Arbeitslosen, für den kommenden Winter aus Mitteln der Stadt täglich 25 Mittagessen und 10 l Milch zur Verfügung zu stellen und Wärmestuben einzurichten. Diese vorerst nur als vorübergehende Hilfsmaßnahme geplante Notstandsaktion entwickelte sich jedoch infolge der immer schlechter werdenden Wirtschaftslage und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit zu einer Dauereinrichtung, die schließlich gewaltige Ausmaße erreichte.

Nach dem ersten Winterhilfeaufruf der Stadt im Dezember 1925 spendeten große Firmen und vor allem die Oberösterreichische Landesregierung 48 Waggon Kohle und Holz für die Linzer Hilfsbedürftigen. Die Barmittel stammten vorerst von der alljährlich zu Neujahr durchgeführten Haussammlung. Die Verteilung der Spenden erfolgte während der ersten beiden Jahre durch das Arbeitslosenkomitee, anschließend übernahm das städtische Arbeitslosenamt diese Aufgabe.

Bis zum Beginn der zweiten großen Welle der Arbeitslosigkeit im Jahr 1930 hielt sich der Umfang der Winterhilfe in Grenzen. Doch nun mußte die Aktion erheblich ausgeweitet werden, um der zunehmenden Not entgegenzuwirken. So beschloß der Linzer Gemeinderat im Jänner 1931 neben der Brennstoffzuweisung die Errichtung von zwei Speiseräumen in der Südbahnhofhalle und im Kleinmünchner Arbeiterheim, zu denen später noch je ein Raum im Rathaus Urfahr und Kleinmünchen kam. In den folgenden Jahren nahm das Winterhilfswerk immer größere Dimensionen an. Zusätzlich zu den Ausspeiseaktionen sowie der Abgabe von Lebensmitteln, Brennstoff und Kleidern wurde im Winter 1932/33 eine vom Gremium der Kaufmannschaft organisierte Paketaktion ins Leben gerufen. Ein Jahr später beteiligte sich auch das Bundesheer an der Winterhilfe, indem es die Sammlung von Altkleidern in der Stadt übernahm. 1936/37 waren 6.206 Linzer Inhaber von Winterhilfeausweisen, die Gesamtzahl der Befürsorgten betrug 14.455 (rund ein Achtel der Linzer Bevölkerung). In diesem Winter wurden im Rahmen des Hilfswerkes beispielsweise ausgegeben: 47.780 Lebensmittelpakete (Mehl, Zucker, Reis, Speisefett, Teigwaren), 32.000 l Milch, 40.946 kg Fleisch, 2.500 kg Käse, 10,5 Waggon Kartoffeln, 113 Waggon Kohle und 16.575 m³ Holz. Dazu kamen die Ausspeiseaktionen für Alleinstehende und für Schulkinder (Suppenanstalten), die Abgabe von Kleidungsstücken sowie die Verteilung von Weihnachtsgeschenken und Christbäumen an arme, kinderreiche Familien. Die Zustellung der Geschenke (und die Überbringung der Weihnachtswünsche des Bürgermeisters) übernahmen die Männer des Arbeitsdienstes.

Die Einrichtung des Winterhilfswerkes war nicht nur auf die Zeit der Ersten Republik beschränkt, sondern nahm auch unter den Wohlfahrtsmaßnahmen der Nationalsozialisten eine bedeutende Stellung ein.

Die politischen Verhältnisse

Neben der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung trug vor allem die damalige Entwicklung bzw. Situation im politischen Bereich wesentlich zu den Ereignissen

¹⁸ Eine Stadt hilft ihren armen Bürgern. In: Heimatland, Jg. 15, H. 1 (1938), 2 ff.



Abb. 4: Weihnachten 1937. Im Rahmen des Winterhilfswerkes verteilten die Männer des freiwilligen Arbeitsdienstes Weihnachtsgeschenke und Christbäume an arme, kinderreiche Familien (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

im März 1938 bei: Nach der „Selbstausschaltung“ des Nationalrates am 4. März 1933, der eine Reihe von Verfassungsbrüchen der Regierung Dollfuß I folgte, kam es in Österreich 1934 zur Errichtung eines autoritären, auf christlichen Prinzipien beruhenden Ständestaates. Zuvor waren die gegnerischen politischen Parteien und ihre Organisationen durch Verordnungen der Bundesregierung nach und nach ausgeschaltet worden, wie z. B. die Kommunistische Partei Österreichs (Betätigungsverbot Mai 1933), die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Betätigungsverbot Juni 1933) oder die Sozialdemokratische Partei (aufgelöst nach der Februarrevolte 1934).

„Vaterländische Front“

Gleichzeitig mit der „Verfassung 1934“ trat ein Bundesgesetz in Kraft,¹⁹ das die „Vaterländische Front“ (VF), eine im Mai 1933 gegründete Bewegung zur Sammlung vaterländisch-öster-

¹⁹ Bundesgesetzblatt 1934, II. Teil, 4. Stück, Nr. 4, Bundesgesetz vom 1. Mai 1934, betreffend die „Vaterländische Front“, 53 ff.

reichischer Kräfte gegen Marxismus und Nationalsozialismus, zur Staatspartei erhob.²⁰ Zwei Jahre später wurde die Vaterländische Front zum *einzigsten Träger der politischen Willensbildung im Staate* erklärt.²¹ Gründungsväter dieser bald mächtigen Organisation waren Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, der bis zu seiner Ermordung am 25. Juli 1934 auch die Führung der VF innehatte, sowie Heimwehrführer Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg,²² der anschließend bis zu seinem Ausscheiden als Vizekanzler im Mai 1936 die Funktion des Bundesführers bekleidete. Nach Starhemberg übernahm Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg die oberste Leitung der Vaterländischen Front.²³ Bereits aus der Tatsache, daß die Spitzenpositionen der VF bis hinunter zu den Ortsgruppen zum Großteil mit führenden Politikern besetzt waren, kann erahnt werden, wie sehr dieser gewaltige Machtapparat die innenpolitischen Geschehnisse zwischen 1934 und 1938 mitbestimmte.

Ohne Mitgliedschaft bei der VF hatte der Einzelne wenig Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, bei Vergünstigungen berücksichtigt zu werden oder eine bestimmte Position zu erreichen. Besonders im öffentlichen Dienst herrschte „freiwilliger Zwang“ im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu dieser bedeutenden politischen Vereinigung. Eine Regierungsverordnung vom 23. Jänner 1934 bestimmte, daß Staatsaufträge nur mehr an vaterlandstreue Unternehmen vergeben werden dürfen. Diese Betriebe mußten sich darüber hinaus verpflichten, nur Mitglieder vaterlandstreuer Verbände zu beschäftigen.²⁴

Laut Bundesorganisationsstatut vom 1. Mai 1934 gliederte sich die VF in eine Zivilfront und in eine Wehrfront. In letzterer waren die vaterländischen Wehrverbände zusammengefaßt, und zwar der Österreichische Heimatschutz, die Ostmärkischen Sturmsharen, der Freiheitsbund, die Christlich-Deutsche Turnerschaft und die Burgenländischen Landschützen.²⁵ Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (Bundesdienstpflicht) am 1. April 1936²⁶ erfolgte mit Bundesgesetz vom 10. Oktober 1936 (BGBl. Nr. 335/1936) die Auflösung aller Wehrverbände und anschließend deren Überführung in die neugeschaffene Frontmiliz. Bereits ein Jahr später, im Sommer 1937, errichtete die VF eine eigene militante Elitetruppe, und zwar das Sturmkorps (SK). Als Vorbild diente die nationalsozialistische SS (Schutzstaffel) bzw. SA (Sturmabteilung).²⁷ Das dritte SK-Heim Österreichs (SK-Kaserne) wurde am 17. Oktober 1937 vom Staatssekretär und Generalsekretär der Vaterländischen Front Guido Zernatto sowie Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner in Linz eröffnet. Das von der Nähmaschinenfabrik Johann Jax gemietete neu adaptierte Haus in der Bürgerstraße 28²⁸ (ehem. Betriebsgebäude) war für die Unterbringung einer 350 Mann starken SK-Abteilung vorgesehen.²⁹

Im zivilen Bereich gab es (mit Stand 1937) innerhalb der Vaterländischen Front mehrere Nebenorganisationen, nämlich das Österreichische Jungvolk (Jugendorganisation), das Frau-

²⁰ Wilhelm Brauneder – Friedrich Lachmayer, Österreichische Verfassungsgeschichte. Wien 1976, 233.

²¹ Bundesgesetzblatt 1936, 36. Stück, Nr. 160, Bundesgesetz über die „Vaterländische Front“, 50 ff.

²² Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Wien 1971, 16.

²³ Tages-Post (Sonntagsblatt) vom 16. Mai 1936, Nr. 114, 1.

²⁴ Bärnthaler, Vaterländische Front (wie Anm. 22), 25 f.

²⁵ Ebenda, 57.

²⁶ Bundesgesetzblatt 1936, 21. Stück, Nr. 102, Bundesverfassungsgesetz über eine allgemeine Dienstpflicht für öffentliche Zwecke (Bundesdienstpflichtgesetz) vom 1. April 1936, 121.

²⁷ Bärnthaler, Vaterländische Front (wie Anm. 22), 154.

²⁸ Linzer Volksblatt (Abendausgabe) vom 18. Oktober 1937, Nr. 241 A, 2.

²⁹ Tagblatt vom 19. Oktober 1937, Nr. 242, 2.

enreferat, das Mutterschutzwerk, das Kinderferienwerk sowie das VF-Werk „Neues Leben“ (Freizeitorganisation). Die oberösterreichische Landeszentrale und der Sitz der Gauleitung Linz-Stadt befanden sich im ehemaligen Hotel „Zum goldenen Schiff“, Landstraße 36.³⁰ (Dieses Haus gehörte bis 1934 dem Wirtschaftsverein „Arbeiterheim“ und ging nach der Auflösung aller sozialdemokratischen Parteiorganisationen infolge der Februarrevolte in den Besitz des Bundes über).

Die Landesleitung der VF in Oberösterreich lag seit 1933 in den Händen des späteren Landeshauptmannes Dr. Heinrich Gleißner,³¹ Gauführer des Gaues Linz war ab Dezember 1934 der Linzer Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock. Vizebürgermeister Otto Danner, Stadtrat Karl Mitterbauer und Gemeindetagsmitglied Franz Colli wirkten in Linz-Stadt als Bezirksführer.³²



Abb. 5: Kundgebung der Vaterländischen Front am 4. März 1934 in Linz. Drei Tage vorher (1. März) war der Landesleiter der Vaterländischen Front, Dr. Heinrich Gleißner (im Bild links), zum Landeshauptmann von Oberösterreich gewählt worden (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

³⁰ Oberösterreichischer Amtskalender „Der Oberösterreicher“ 1938. Linz 1937, 45 ff.

³¹ Dr. Heinrich Gleißner war vom 1. März 1934 bis 11. März 1938 und vom 26. Oktober 1945 bis 3. Mai 1971 Landeshauptmann von Oberösterreich.

³² Oberösterreichischer Amtskalender (wie Anm. 30), 45 ff.



Abb. 6: Militärische Erziehung und Ausbildung standen besonders bei der Heimwehr-Jugend Jung Vaterland – hier bei einer Übung im März 1934 – im Vordergrund. Ende 1936 ging die Heimwehr-Jugend in die Jugendorganisation der Vaterländischen Front mit der Bezeichnung „VF-Werk Österreichisches Jungvolk“ über (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

Anschlußidee

Der seit Mitte des vorigen Jahrhunderts von bestimmten Bevölkerungsgruppen vertretene Anschlußgedanke gewann nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Herbst 1918 erstmals ernstzunehmende Aktualität. Am 12. November 1918 beschloß die „Provisorische Nationalversammlung“ das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“.³³ Artikel 2 lautete: *Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik ...* Diesem Grundsatz, der am 12. März 1919 von der „Konstituierenden Nationalversammlung“ bestätigt wurde (StGBI. 174, Art. 1/2), kam jedoch nur programmatischer Charakter zu. Es fehlte vor allem eine korrespondierende Bestimmung in der deutschen Verfassung, obwohl beide Seiten sofort Anschlußvorbereitungen in Angriff nahmen.³⁴ Daß die Absicht der Volksvertreter, Österreich sollte ein Bestandteil des Deutschen Reiches werden, in der Folge keine Verwirklichung fand, scheiterte letztlich am „Friedensdik-

³³ Staatsgesetzblatt 1918, Nr. 5, 1. Stück, Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, 4.

³⁴ Brauneder/Lachmayer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 20), 192.

tat“ der Siegermächte. Der Staatsvertrag von Saint Germain, am 10. September 1919 von Staatskanzler Dr. Karl Renner unterzeichnet, beinhaltete unter anderem auch das Verbot eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich sowie die Forderung, den Staatsnamen von „Deutschösterreich“ auf „Österreich“ zu ändern. Damit war den Vertretern der Anschlußidee der Boden entzogen worden. Die weitere Entwicklung führte 1920 zur Errichtung eines Bundesstaates,³⁵ dem 1934 der bereits erwähnte Ständestaat folgte.

Österreichische NSDAP (Hitlerbewegung)

Unter den österreichischen Parteien hatte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die einen Bestandteil der deutschen NSDAP bildete, von 1921 bis 1930 nur eine geringe Bedeutung. Sie war als Splittergruppe lediglich in einzelnen Landtagen und Gemeindestuben vertreten und konnte auch bei der Nationalratswahl 1930 kein Grundmandat erreichen.

In den folgenden Jahren änderte sich die Situation entscheidend. Mit dem Erfolg der NSDAP in Deutschland sowie der Machtergreifung Hitlers am 30. Jänner 1933 begann auch der Aufstieg des österreichischen Zweiges der NSDAP. Solange die Möglichkeit bestand, auf demokratische Weise das Ziel zu erreichen, nützte man diesen Weg. (Bei den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg am 24. April 1932 konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil gegenüber der Nationalratswahl 1930 mehr als verdreifachen!)³⁶ Als sich Österreich jedoch mit der Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 von einer Demokratie zu einem autoritär geführten Staat wandelte, änderten sich auch die Methoden der Nationalsozialisten, um an die Macht zu gelangen. Hatten sie bereits 1932 versucht, durch Terror ihren Neuwahlforderungen Nachdruck zu verleihen, so erfuhren die von Deutschland unterstützten terroristischen Aktivitäten der NSDAP ab Jänner 1933 eine enorme Ausweitung.

Gegenmaßnahmen der Bundesregierung

Die Regierung versuchte vorerst durch eine Reihe von politischen Maßnahmen dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wie beispielsweise der Gründung der Vaterländischen Front, Pressezensur und -verbote, Verbot der NSDAP,³⁷ Beschlagnahme und Verfall des Vermögens verbotener politischer Parteien,³⁸ Untersagung der Zugehörigkeit von Lehrern zur NSDAP,³⁹ Entziehung der Gewerbeberechtigung bei Geschäftsbeziehungen mit verbotenen Parteien.⁴⁰

³⁵ Bundesgesetzblatt 1920, Nr. 1, Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920.

³⁶ Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich, Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933–1938. Wien 1984, 52 f.

³⁷ Bundesgesetzblatt 1933, 74. Stück, Verordnung der Bundesregierung vom 19. Juni 1933, womit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) und dem Steirischen Heimatschutz (Führung Kammerhofer) jede Betätigung in Österreich verboten wird, 569 ff.

³⁸ Bundesgesetzblatt 1933, 112. Stück, Verordnung der Bundesregierung vom 16. August 1933 über die Beschlagnahme und den Verfall des Vermögens verbotener politischer Parteien, 885 f.

³⁹ Bundesgesetzblatt 1933, 95. Stück, Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 10. Juli 1933, wirksam für das Land Niederösterreich, über das Verbot der Zugehörigkeit von Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen zur NSDAP (Hitlerbewegung), 785 f.

⁴⁰ Bundesgesetzblatt 1933, 98. Stück, Verordnung der Bundesregierung vom 7. Juli 1933 über die Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen Förderung der verbotenen Betätigung einer Partei, 793.

Nachdem diese Vorgangsweise nicht den gewünschten Erfolg brachte, kam es in der Folge zur Einführung zahlreicher einschneidender Sicherheitsmaßnahmen. Eine der schärfsten war die Wiedereinführung der Todesstrafe am 10. November 1933,⁴¹ gefolgt von der Schaffung einer Staatspolizeistelle im Bundeskanzleramt,⁴² der Bildung von Ortswehren⁴³ sowie der Ausdehnung der Todesstrafe auf den Besitz von Sprengstoff.⁴⁴

Die Auseinandersetzungen zwischen der autoritären Staatsführung und den Regimegegnern, zu denen auch die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei gehörten, führte schließlich zu zwei Putschversuchen, nämlich zum erfolglosen und verlustreichen Aufstand der Sozialdemokraten am 12. Februar 1934 und zum Putsch der (illegalen) Nationalsozialisten am 25. Juli 1934, in dessen Verlauf es im Bundeskanzleramt zur Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß kam. Dieser noch am selben Tag gescheiterte Putschversuch führte im ganzen Land zu großangelegten Säuberungsaktionen. Vordringlichstes Ziel der neuen Regierung unter Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg war die Suche nach den Verantwortlichen des Terroraktes sowie die Zerschlagung aller illegalen Organisationsformen der NSDAP in Österreich und jener Organisationen, die den Nationalsozialisten Unterschlupf gewährten. Wie sich in den folgenden Jahren herausstellte, konnte trotz strenger Gesetze und härtester Maßnahmen der Aufstieg der illegalen Bewegung, deren Anhänger zum Großteil das Ziel verfolgten, die Unabhängigkeit Österreichs so rasch als möglich zu beseitigen, nicht verhindert werden.

Juliabkommen 1936

Die gewaltigen Probleme mit den an die Macht strebenden österreichischen Nationalsozialisten sowie die immer unerträglicher werdenden Spannungen zwischen Österreich und Hitlerdeutschland führten am 11. Juli 1936 zu einem Übereinkommen, das eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeiführen sollte.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser Vereinbarung waren die Anerkennung der vollen Souveränität Österreichs durch die Deutsche Reichsregierung sowie die Garantie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates. In einem vertraulichen Zusatzabkommen (Gentleman-Agreement) wurde eine Reihe von Vorbedingungen für die Erfüllung des Übereinkommens vereinbart. So erklärte sich der österreichische Bundeskanzler u. a. bereit, eine weitreichende politische Amnestie durchzuführen und künftig Vertreter der bisherigen sogenannten „nationalen Opposition in Österreich“ an der politischen Willensbildung und Verantwortung mitwirken zu lassen.

Das Abkommen vom Juli 1936 mit dem Deutschen Reich entpuppte sich schon bald als „Trogjanisches Pferd“.⁴⁵ Die politische Amnestie sowie vor allem das Vordringen der „Nationalen“ (nicht Nationalsozialisten!) in Positionen der Vaterländischen Front, der öffentlichen Verwaltung, der Exekutive, des Bundesheeres usw. führte zu einer zunehmenden Unterhöhlung der

⁴¹ Bundesgesetzblatt 1933, 162. Stück, Kundmachung der Bundesregierung vom 10. November 1933 über die Verhängung der Todesstrafe, 1395.

⁴² Tages-Post vom 13. November 1933, Nr. 262, 6.

⁴³ Linzer Volksblatt vom 11. Juni 1934, Nr. 132, 1.

⁴⁴ Linzer Volksblatt vom 12. Juni 1934, Nr. 133, 1.

⁴⁵ Reichhold, Kampf um Österreich (wie Anm. 36), 228 ff.

Regierung und ihres Machtapparates. Im Juli 1937 erfolgte auf Anordnung des Bundeskanzlers zur Befriedung des nationalen Lagers innerhalb der VF die Errichtung eines „Volkspolitischen Referates“, das sich in weiterer Folge zu einem Sammelbecken der Nationalsozialisten entwickelte, da die NSDAP ja weiterhin verboten war. Zum Oberösterreichischen Landesreferenten des Volkspolitischen Referates wurde im Oktober 1937 Zivilingenieur Karl Breithenthaler bestellt.⁴⁶

Begegnung Schuschnigg – Hitler

Auf Einladung des Deutschen Reichskanzlers Adolf Hitler kam es am 12. Februar 1938 zwischen ihm und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg zu einer Unterredung auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, die offiziell der Ausräumung der Mißverständnisse dienen sollte. In Wahrheit handelte es sich um ein Diktat Hitlers, das fast ausnahmslos österreichische Verpflichtungen beinhaltete. Unter dem Druck der militärischen Drohung blieb Schuschnigg kaum etwas anderes übrig, als die Forderungen zu erfüllen, wollte er die staatliche Selbständigkeit Österreichs nicht aufs Spiel setzen.

Bedeutendste Punkte der Abmachung waren die Legalisierung der österreichischen Nationalsozialisten, die Ernennung des Staatsrates Dr. Artur Seyß-Inquart (gemäßigter Nationalsozialist) zum Innenminister mit der Unterstellung des Sicherheitswesens sowie eine allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung bestraften Personen. Als Gegenleistung sagte Hitler die weitere Gültigkeit des Übereinkommens vom 11. Juli 1936 zu, das hieß, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs sowie Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs und der Monopolstellung der Vaterländischen Front.⁴⁷

Nach der Rückkehr des Bundeskanzlers begann man unverzüglich mit der Umsetzung der Vereinbarungen von Berchtesgaden. Am 16. Februar wurde die Bundesregierung umgebildet und Seyß-Inquart zum Minister für Inneres und Sicherheitswesen bestellt. Anschließend beschloß der Ministerrat eine Amnestie für alle Personen, die vor dem 15. Februar 1938 politische Straftaten begangen hatten sowie die Zurücknahme von aus politischen Gründen angeordneten Entziehungen von Pensionen, Unterstützungen und anderen Maßregelungen.⁴⁸ Zwei Tage später erhielten die österreichischen Nationalsozialisten die Erlaubnis, sich im Rahmen der Vaterländischen Front und aller übrigen österreichischen Einrichtungen legal betätigen zu können. Das Parteienverbot blieb jedoch weiterhin aufrecht.⁴⁹

Die Hoffnung der Regierung, die in Entsprechung des Übereinkommens mit dem Deutschen Reich durchgeführten Maßnahmen würden eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage herbeiführen, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil, es stellte sich bald heraus, daß das Diktat Hitlers vom 12. Februar 1938 der Beginn vom Ende der Ersten Republik war.

Zu der von Schuschnigg am 9. März 1938 angekündigten Volksbefragung „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“, welche am 13. März stattfinden sollte, kam es nicht mehr. Mit der Drohung, die deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschieren zu lassen, erzwang Hitler am 11. März die Absage der Volksbefra-

⁴⁶ Tagblatt vom 18. Oktober 1937, Nr. 241, 5.

⁴⁷ Reichhold, Kampf um Österreich (wie Anm. 36), 295 ff.

⁴⁸ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 16. Februar 1938, Nr. 38, 1.

⁴⁹ Tages-Post (Sonntagsblatt) vom 19. Februar 1938, Nr. 41, 1.

gung sowie die Einsetzung einer nationalsozialistischen Regierung mit Dr. Artur Seyß-Inquart als Bundeskanzler. Gleichzeitig übernahmen während der Nacht vom 11. auf den 12. März die Nationalsozialisten in ganz Österreich die Macht, in den Morgenstunden überschritten deutsche Truppen die österreichische Grenze. Bereits einen Tag nach dem Einmarsch, am 13. März 1938, unterzeichnete die neue österreichische Bundesregierung das „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich“.⁵⁰ Am selben Tag beschloß die deutsche Reichsregierung ebenfalls ein Gesetz, womit das österreichische Wiedervereinigungsgesetz zum deutschen Reichsrecht erhoben wurde. Damit hatte Österreich auch formell als selbständiger Staat zu bestehen aufgehört und war ein Land des Deutschen Reiches geworden.

Februar 1938 in Linz

Zu einer beeindruckenden Demonstration der Nationalsozialisten entwickelte sich ein Fackelzug durch die Linzer Innenstadt im Anschluß an die Rundfunkrede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg am 24. Februar 1938, welche im Volksgarten über Lautsprecher übertragen wurde. Während dem Aufruf der Vaterländischen Front zur Teilnahme an der vom Linzer Bürgermeister Dr. Bock angeführten Kundgebung lediglich etwa 3.000 Personen folgten (Sturmkorps der VF, Musikkapelle des Christlich-Deutschen Turnvereins, Pfadfinder, Reichsbund, Magistratsmusik und Beamtenorganisationen), marschierten rund eine Stunde später angeblich zirka 40.000 Nationalsozialisten und deren Anhänger vom Volksgarten über die Landstraße und den Hauptplatz zur Unteren Donaulände. Unmittelbar vor dem Aufmarsch bedankte sich der Linzer Kreisleiter und spätere Bürgermeister Sepp Wolkerstorfer in Telegrammen an Hitler, Schuschnigg und Seyß-Inquart für das große Werk vom 12. Februar, das den Nationalsozialisten die *Freiheit und Ehre wiedergegeben hat*.⁵¹

Die nächste Großkundgebung der Nationalsozialisten war für den 6. März geplant, und zwar ein „Deutscher Tag“ unter dem Motto „Friede, Freiheit und Arbeit“, mit Ansprachen von Innenminister Dr. Seyß-Inquart und dem volkspolitischen Referenten für Oberösterreich, Ing. Breithenthaler, in der Linzer Südbahnhofhalle.⁵² Mit Berufung auf das am 21. Februar von der Regierung erlassene vierwöchige Versammlungsverbot versagte jedoch die oberste Frontführung die Zustimmung zu dieser Veranstaltung, sodaß der „Deutsche Tag“ am 1. März, bereits einen Tag nach der Ankündigung, wieder abgesagt werden mußte.⁵³ Das bis 22. März vorgesehene Versammlungsverbot galt jedoch offensichtlich nicht für die Vaterländische Front, denn am 2. März wurde bekanntgegeben, daß in den nächsten drei Wochen in allen Gemeinden Österreichs rund 3.000 Versammlungen unter dem Motto „Mit Schuschnigg für Österreich“ stattfinden würden.⁵⁴

Wie sehr die Nationalsozialisten kurz vor der Machtergreifung bestrebt waren, die neugewonnene Freiheit und die Aufbauarbeit nicht durch gesetzwidriges Verhalten, Provokationen oder offene Akte gegen die Staatsgewalt zu gefährden, zeigt u. a. ein Aufruf der nationalsozialistischen Führer Oberösterreichs an ihre Anhänger am 28. Februar, strengste Disziplin zu halten,

⁵⁰ Bundesgesetzblatt 1938, Nr. 75.

⁵¹ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 25. Februar 1938, Nr. 46, 1 und 7.

⁵² Tages-Post (Mittagsblatt) vom 28. Februar 1938, Nr. 48, 1.

⁵³ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 1. März 1938, Nr. 49, 1.

⁵⁴ Linzer Volksblatt (Morgenausgabe) vom 2. März 1938, Nr. 50, 1.

keine Parteiabzeichen oder Uniformen zu tragen, da dies nach wie vor verboten war, keine Hakenkreuzflaggen zu hissen sowie Straßenansammlungen demonstrativen Charakters zu vermeiden.⁵⁵

Trotz dieses Appells hielten sich immer weniger Anhänger der Nationalsozialisten an diese Verbote, so daß es auch in Linz mehrfach zu Ausschreitungen bzw. Zusammenstößen zwischen NS-Aktivisten und politischen Gegnern kam. Einer der schwersten Zwischenfälle ereignete sich in der Nacht vom 10. auf den 11. März, als es im Anschluß an einen Demonstrationzug der Nazis durch die Innenstadt am Urfahrer „Platzl“, in der Nähe des Jungvolkheimes in der Hauptstraße, zu einer Schießerei kam, bei welcher acht Angehörige des Sturmkorps der VF bzw. Jungvolk-Mitglieder Hieb- und Schußverletzungen erlitten und ins Krankenhaus gebracht werden mußten.⁵⁶



Abb. 7: Sechs Tage vor der Machtübernahme. Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner (links) begrüßt am 5. März 1938 den neuen österreichischen Innenminister Dr. Artur Seyß-Inquart in Linz. Bildmitte: Der Linzer Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Weidinger).

⁵⁵ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 28. Februar 1938, Nr. 48, 1.

⁵⁶ Linzer Volksblatt (Morgenausgabe) vom 11. März 1938, Nr. 58, 3.

NATIONALSOZIALISTISCHE ÄRA

Machtübernahme

Am Vormittag des 11. März trafen sich im Gasthaus Schönes in Linz-Kleinmünchen führende Funktionäre der nach wie vor illegalen NSDAP, an der Spitze Gauleiter August Eigruber, um über die weitere Vorgangsweise zu beraten, nachdem die Partei von Berlin „grünes Licht“ für Aktionen gegen die Regierung erhalten hatte. Man beschloß u. a., am Abend einen Fackelzug zu veranstalten, um einerseits die Nationalsozialisten und ihre Anhänger zu sammeln und sie andererseits für die Machtübernahme bereitzuhalten.⁵⁷

In der Stadt herrschte große Spannung und Nervosität, da niemand wußte, was in den nächsten Stunden passieren würde. Ab ca. 16 Uhr tauchten die ersten Hakenkreuzfahnen an den Häusern auf und alsbald füllten sich die Straßen mit Menschen. Die Nazis strebten in das Neustadtviertel (Bereich Goethestraße) zum Sammelpunkt für den großen Aufmarsch. Laut Angabe der Tages-Post vom 12. März marschierten zwischen 20 und 22 Uhr rund 50.000 Menschen unter unbeschreiblichem Jubel der auf den Gehsteigen dicht gedrängt stehenden Linzer Bevölkerung über die Landstraße zum Hauptplatz. Bereits während des Fackelzuges besetzten SS und SA den Linzer Sender, das Landhaus, das Rathaus, die Bundespolizeidirektion und das Landesgendarmeriekommando, Banken und andere bedeutende Gebäude, die Organe der Sicherheitswache trugen Hakenkreuzarmbinden als Zeichen der Einordnung in die neue Macht.

Auf dem Hauptplatz, der die Menschenmenge nicht fassen konnte, wurde nach einer Gedenkminute für gefallene Volksgenossen den Kundgebungsteilnehmern vom Rathausbalkon ein großes Hitlerbild gezeigt, das die Massen begeistert grüßten. Sodann folgten Ansprachen von Kreisleiter Sepp Wolkerstorfer, Gauleiter Eigruber und vom volkspolitischen Referenten Dipl.-Ing. Breithenthaler. Während Wolkerstorfer als Höhepunkt seiner Ansprache den jubelnden Zuhörern den Rücktritt der Regierung Schuschnigg verkündet hatte, befaßte sich Eigruber in seiner Rede vor allem mit dem Einsatz der SS und SA als Hilfspolizei, verlangte von den Volksgenossen unbedingte Disziplin und versuchte, mit dem Bekenntnis, daß die Nationalsozialisten keine Rache üben würden, die politischen Gegner zu beruhigen. Zum Abschluß der Kundgebung sang die Menge das Deutschlandlied und das Horst Wessel-Lied, begleitet von der SA-Musikkapelle.⁵⁸

Der „Führer“ kommt nach Linz

Tausende Menschen lebten in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 die Stadt und warteten auf die angekündigte Kolonne motorisierter Truppen des deutschen Heeres. Da die deutsche Wehrmacht aber erst in den Morgenstunden des 12. März die oberösterreichische Grenze überschritt, fand der Einmarsch in Linz nicht vor 12 Uhr Mittag statt.

Einige Stunden später verbreitete sich in Windeseile die Nachricht, daß der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, von Braunau kommend, auf dem Weg nach Linz sei. Der Hauptplatz der Landeshauptstadt, welcher rund 60.000 Menschen faßt, mußte um 16 Uhr wegen Überfüllung gesperrt werden. Kurz nach 17 Uhr kamen Bundeskanzler Seyß-Inquart, Vizekanzler Glaise-

⁵⁷ Gerhard Botz, Hitlers Aufenthalt in Linz im März 1938 und der „Anschluß“. In: HistJbL 1970, 201 f.

⁵⁸ Tages-Post (Sonntagsblatt) vom 12. März 1938, Nr. 59, 1 ff.



Abb. 8: Die zur Mittagszeit des 12. März 1938 in die Stadt einmarschierenden deutschen Truppenteile wurden von der Linzer Bevölkerung begeistert empfangen (Foto: ASL, Dokumentation, Slg. Weidinger).

Horstenau, Justizminister Hueber (der Schwager von Generalfeldmarschall Hermann Göring) und der Reichsführer der SS Heinrich Himmler nach Linz.

Nach einer Triumphfahrt durch Oberösterreich traf um zirka 20 Uhr Adolf Hitler auf dem Linzer Hauptplatz ein. Unter unbeschreiblichem Jubel seiner Anhänger begab er sich ins Rathaus bzw. auf den Rathausbalkon, um nach der Begrüßungsansprache des Bundeskanzlers Seyß-Inquart das Wort an die fanatische Menschenmenge zu richten. In seiner Rede, die immer wieder durch tosende Heilrufe und ungeheurem Beifall unterbrochen wurde, führte Hitler unter anderem aus:

Wenn die Vorsehung mich einst aus dieser Stadt heraus zur Führung des Reiches berief, dann muß sie mir damit einen Auftrag erteilt haben, und es kann nur ein Auftrag gewesen sein, meine teure Heimat dem Deutschen Reich wiederzugeben (Stürmische Heilrufe und „Sieg Heil“). Ich habe an diesen Auftrag geglaubt, habe für ihn gelebt und gekämpft und ich glaube, ich habe ihn jetzt erfüllt und ihr seid Zeugen (Neuerliche Heilrufe). Und ihr alle seid Zeugen und Bürgen dafür! Ich weiß nicht, an welchem Tage ihr gerufen werdet. Ich hoffe, es ist kein ferner. Dann habt ihr einzustehen mit eurem Bekenntnis ...⁵⁹

⁵⁹ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 14. März 1938, Nr. 61, 1 ff.

Nächsten Tag, am Sonntag, den 13. März, besuchte der Reichskanzler das Grab seiner Eltern in Leonding und traf anschließend im Hotel Weinzing mit „alten Kämpfern“ der früheren illegalen NSDAP zusammen. Im Rahmen dieses Treffens erklärte Hitler, er wolle in Linz eine neue Donaubrücke errichten lassen und die Patenschaft über die Stadt übernehmen. Im Anschluß an das gemeinsame Mittagessen nahm der Führer auf Anregung des Bürgermeisters vor dem Hotel eine Parade der Linzer Parteiformationen (SS, SA, HJ, BDM) ab.⁶⁰

Nach der Verlautbarung des österreichischen Wiedervereinigungsgesetzes im Rundfunk am Abend des 13. März wurde Seyß-Inquart, der inzwischen wieder nach Wien zurückgekehrt war, neuerlich ersucht, nach Linz zu kommen. Nachdem er um Mitternacht in Linz eingetroffen war und den Führer informiert hatte, unterzeichnete Hitler in seinem Quartier im Hotel Weinzing das Reichsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.⁶¹

Am Montag, 14. März, beendete der Reichskanzler seinen Besuch in Linz und reiste um 10.40 Uhr, wiederum unter großer Anteilnahme und Begeisterung der Bevölkerung, nach St. Pölten bzw. Wien ab.

Erste Maßnahmen der nunmehrigen Machthaber

Bereits am 12. März vormittag wurde die neue oberösterreichische Landesregierung gebildet. Sie setzte sich wie folgt zusammen:⁶²

Landeshauptmann – Gauleiter August Eigruber (bereits am Vortag ernannt)

Landesstatthalter – Dipl.-Ing. Karl Breithenthaler

Finanzreferent – Dr. Franz Lorenzoni

Referent für Landwirtschaft – Adolf Lind

Referent für Kultur und Bildungswesen – Prof. Dr. Rudolf Lenk

Referent für Wirtschaft – Oskar Hinterleitner

Sozialreferent – Anton Kornhäusl

Eine der ersten Maßnahmen des nunmehrigen Landeshauptmannes war die Auflösung sämtlicher Gemeindetage Oberösterreichs und die Amtsenthebung aller Bürgermeister. Die Bestellung der neuen Bürgermeister sollte künftig durch die Kreisleiter der NSDAP über Vorschlag der Ortsgruppenleiter erfolgen. Damit war auch der letzte Rest von Demokratie auf Gemeindeebene beseitigt. In Zukunft hatte jede kommunale Entscheidung allein der Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Ortsgruppenleiter bzw. mit der NSDAP zu treffen. Innerhalb weniger Tage kam es in fast allen öffentlichen Bereichen bzw. in jenen Bereichen, die den Einflüssen des Staates und der Partei unterlagen, zu Neu- oder Umorganisationen. Regimegegner, besonders in führenden Positionen, und vor allem Juden wurden verhaftet oder vom Dienst entlassen und durch Nationalsozialisten ersetzt.

Im folgenden einige weitere konkrete Maßnahmen:

- Auflösung aller jüdischen Vereine und Übernahme ihres Vermögens durch die NSDAP.

⁶⁰ Botz, Hitlers Aufenthalt in Linz (wie Anm. 81), 208 ff. (SS = Schutzstaffel, SA = Sturmabteilung, HJ = Hitlerjugend, BDM = Bund Deutscher Mädchen).

⁶¹ Slapnicka, Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 226.

⁶² Amtliche Linzer Zeitung vom 18. März 1938, Nr. 11, 1; Tages-Post (Mittagsblatt) vom 14. März 1938, Nr. 61, 2.

V. b. b.

Amtsblatt



der Landeshauptstadt Linz.

Schriftleitung: Rathaus, 1. Stod, Fernsprecher
Nr. 5580. — Herausgeber: Stadtgemeinde Linz.
— Verantwortlicher Schriftleiter: Ernst
Meinigk, Pressereferent, Linz, Rathaus.



Bezugspreis:
Halbjährlich mit Zustellung RM 2.—, mit Postaufendung
halbjährlich RM 2.10, Einzelnummer 25 Pf
Ausgabe stelle:
Rathaus, 1. Stod, Zimmer Nr. 21 c.

Bei etwa eintretender Bezugspreiserhöhung ist für die bereits vorausbezahlte Zeit die entsprechende verlaufene Nachzahlung zu leisten.
Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrgang 1938	Ausgegeben am 1. April	Nr. 1
Inhalt: Die ersten Maßnahmen. — Öffentliche Ausschreibung. — Erhöhung von Minderbezügeln der Vertragsbediensteten. — Dienstrechtliche Maßnahmen für die pragmatischen Angestellten der Stadtgemeinde Linz. — Aufruf an alle Hausbesitzer der Landeshauptstadt Linz. — Amtliche Aufforderung zur Rückkehr in den Dienst. — An die P. & E. Bezugsnehmer des Amtsblattes. — Tätigkeitsbericht der Linzer Freiwilligen Rettungsgesellschaft im Jänner 1938. — Märkte.		

**„Wenn die Vorsehung mich einst aus dieser
Stadt heraus zur Führung des Reiches be-
rief, dann muß sie mir damit einen Auftrag
erteilt haben, und es kann nur ein Auftrag
gewesen sein, meine teure Heimat dem
Deutschen Reich wiederzugeben.“**

Adolf Hitler, der Führer und Kanzler des
Deutschen Reiches, zum befreiten Österreich vom
Balkon des Linger Rathauses gesprochen am
12. März 1938.

Aus tiefem Dankgefühl daher für Linz die Losung:

100 prozentig „Ja“!

Abb. 9: Titelseite des Amtsblattes der Landeshauptstadt Linz, Ausgabe 1. April 1938.

- Dienstenthebung aller jüdischen Richter und Staatsanwälte (auch Halbjuden).
- Enteignung jüdischer Betriebe. (Bericht in der Tages-Post vom 15. März 1938, Seite 4: „In dem bekannten Linzer Warenhaus Kraus & Schober,⁶³ das bisher in jüdischen Händen war, wurden gestern die jüdischen Leiter beseitigt und zum Teil verhaftet. Der Betrieb wurde von der nationalsozialistischen Angestelltenschaft übernommen.“)
- Kenntlichmachung der jüdischen Geschäfte.
- Verhaftungen, vor allem von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (neben anderen auch Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner und Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock).
- Wiedereinstellungen in den öffentlichen Dienst. (Öffentliche Bedienstete, die wegen ihres nationalsozialistischen Verhaltens entlassen, gekündigt, pensioniert oder suspendiert wurden, mußten auf Wunsch der Betroffenen wieder in den Dienst gestellt werden).

Die trotz gegenteiliger Versprechen des Gauleiters bereits während der Machtergreifung einsetzende Verfolgung der politischen Gegner sowie der Angehörigen des jüdischen Religionsbekenntnisses führte auch in Linz zu menschlichen Tragödien größten Ausmaßes. Verhaftungen (später Abtransport in das KZ Dachau), Vernichtung von Existenzgrundlagen und Selbstmorde waren an der Tagesordnung.

Ein tragischer Vorfall ereignete sich am 19. März 1938 in der Wein- und Likörhandlung Spitz in der Hauptstraße in Linz-Urfahr. Als die Angestellten nach der Mittagspause nicht in das Geschäft konnten und deshalb Nachschau in der Wohnung der Besitzerin hielten, fanden sie die jüdische Kaufmannswitwe Friederike Spitz und ihre beiden Söhne in je einem Zimmer erhängt auf.⁶⁴ Die Angst vor dem Terror der Nazis hatte sie in den Tod getrieben.

Die Volksabstimmung am 10. April 1938

Eine der vordringlichsten Aufgaben der staatlichen Verwaltung nach dem Umsturz war die Organisation und Durchführung der für den 10. April 1938 geplanten Volksabstimmung. Ein von Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Lengauer⁶⁵ am 23. März 1938 unterzeichneter Erlaß an alle Bezirkshauptmannschaften und Gemeindeämter bestimmte, daß die nicht wirklich dringenden Amtsgeschäfte bis nach der Volksabstimmung zurückzustellen seien und die dadurch frei werdenden Arbeitskräfte und Kanzleiräume den Kreis- bzw. Gemeindewahlleitungen der NSDAP zur Verfügung gestellt werden müßten. Von allen deutschbewußten Beamten und Angestellten werde restloser Einsatz für die Vorbereitung der Volksabstimmung erwartet. Deutschland und die Welt sollten sehen, daß Oberösterreich als der Heimatgau des Führers im Bekenntnis zu Blut und Ehre an vorderster Front stehe.⁶⁶

Am 10. April wurde an die Österreicher die Frage gestellt: *Bekennst Du Dich zu unserem Führer Adolf Hitler und damit zu der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich?* Die Antwort war eindeutig. Mehr als 99 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten sich an der Volksabstimmung, über 99 Prozent stimmten mit „Ja“.

⁶³ Das ehemalige „Kraus & Schober“ auf dem Hauptplatz ist heute ein Quelle-Kaufhaus.

⁶⁴ Linzer Volksblatt (Abendausgabe) vom 21. März 1938, Nr. 66 A, 3.

⁶⁵ Fachlehrer Rudolf Lengauer wurde am 18. März 1938 zum Landeshauptmann-Stellvertreter ernannt. Er war für die Gemeindeangelegenheiten zuständig.

⁶⁶ ASiL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a.

Das Ergebnis in Linz: 81.249 abgegebene Stimmen
 81.151 Ja-Stimmen
 66 Nein-Stimmen
 32 ungültige Stimmen⁶⁷

Laut Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. April *ein unvergängliches Ehrenblatt in der Geschichte der Stadt Linz.*



Abb. 10: Empfang des „Führers“ vor dem Linzer Hauptbahnhof am 8. April 1938, zwei Tage vor der Volksabstimmung. Hinter Adolf Hitler der Gauleiter der NSDAP und Landeshauptmann August Eigruber (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Weidinger).

Das Aufbauprogramm

Die Mitteilung deutscher Wirtschaftspolitiker, daß Linz sofort in das Aufbauprogramm des deutschen Vierjahresplanes einbezogen würde, führte in der Patenstadt des Führers zu großen Erwartungen. Aus einem Beitrag im Linzer Volksblatt vom 19. März 1938 mit der Überschrift „Linzler Pläne und Hoffnungen“ geht hervor, welche Bauvorhaben man damals als vordringlich einstufte. Konkret wurden angeführt: der Hafenausbau im Hinblick auf den geplanten Rhein-Donau Kanal, Bau der Reichsautobahn, großzügiger Ausbau des Linzer Straßennetzes, Bahnhofumbau, Errichtung einer neuen Donaubrücke, Bau von Wohnungen, Rathausneubau,

⁶⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. April 1938, Nr. 8, 81.



Abb. 11: Auch die Musikkapelle des Magistrates Linz unter der damaligen Leitung von Adolf Schöttner – hier bei einem Aufmarsch anlässlich der Volksabstimmung am 10. April 1938 – wurde für Propagandazwecke der Nationalsozialisten eingesetzt (Foto: ASL, Dokumentation, Slg. Weidinger).

Errichtung einer großen Stadthalle, eines Künstlerhauses und eines neuen Theaters, sowie die Schaffung von Erholungsflächen und eines neuen Botanischen Gartens.⁶⁸

Mehrere dieser Vorhaben wurden in den ersten Jahren der NS-Herrschaft auch tatsächlich verwirklicht, wie z. B. die Errichtung großer Wohnanlagen (heute als „Hitlerbauten“ bezeichnet), Bau der Nibelungenbrücke und der Reichsautobahn. Einige Projekte mußten wegen zunehmender Kriegseinwirkungen wieder eingestellt werden (Ausbau des Donauhafens), manche kamen über das Planungsstadium nicht hinaus (Rathaus, Prachtstraße, Stadthalle, Künstlerhaus, Theater u. a.)

Durch die Eingemeindungen der bisher selbständigen Gemeinden Ebelsberg und St. Magdalena sowie kleiner Teile von Steyregg und Leonding (Keferfeld) im Jahr 1938 bzw. 1939 erreichte Linz eine Ausdehnung von 96,11 km².⁶⁹ Auf diesem weiten Areal sollte eine Stadt für zirka 300.000 Einwohner sowie ein Industriezentrum entstehen, das der Großstadt wiederum als wirtschaftliche Grundlage diene. Bereits am 13. Mai 1938 erfolgte der Spatenstich für den ersten Industriekomplex, nämlich für die „Reichswerke Hermann Göring“ (heute VOEST-ALPINE AG).

⁶⁸ Linzer Volksblatt (Sonntagsausgabe) vom 19. März 1938, Nr. 65, 9.

⁶⁹ Rudolf Peter Altmüller, Die Linzer Eingemeindungen. Linz 1965, 115.



Abb. 12: Neubau der Linzer Donaubrücke (Aufnahme April 1939). Im Kreis von „alten Kämpfern“ im Hotel Weinzingen übernahm Adolf Hitler am 13. März 1938 die Patenschaft über die Stadt Linz und versprach dem Linzer Bürgermeister Sepp Wolkerstorfer, eine neue Donaubrücke errichten zu lassen. Nach Abschluß der Vorarbeiten konnte im September 1938 mit dem Bau der rund 330 Meter langen (inklusive Brückenköpfe) und 29 Meter breiten Brücke begonnen werden. Die Fertigstellung erfolgte Ende 1940. Im Bild rechts Reste der in den Jahren 1870–1872 errichteten alten Donaubrücke, welche eine Breite von lediglich 9 Metern aufwies (Foto: AStL, Dokumentation).

Das Projekt dieses großen Eisen- und Stahlwerkes war von österreichischen und deutschen Fachleuten schon vor dem Jahr 1933 ausgearbeitet worden, weshalb der Baubeginn bereits im Mai 1938 erfolgen konnte. Von den ursprünglich geplanten zwölf Hochöfen wurden schließlich zwei errichtet.⁷⁰

Das gewaltige Aufbauprogramm und der Einsatz von österreichischen Arbeitskräften im Altreich führte dazu, daß es im Sommer 1938 fast keine Arbeitslosen mehr gab. Im Gegenteil, die rege Bautätigkeit erforderte den Zuzug tausender Arbeiter und die Errichtung riesiger Barackenlager. (Nach Beendigung des Krieges lebten in diesen Barackenstädten zirka 40.000 Menschen).

Im folgenden der Bevölkerungszuwachs in Linz 1938–1945:⁷¹

⁷⁰ Otto Constantini, Großstadt Linz. Ein baulicher Überblick. Linz 1952, 135.

⁷¹ Constantini, Großstadt Linz (wie Anm. 70), 136.



Abb. 13: Im Zusammenhang mit dem Brückenbau mußten wegen des Höhenunterschiedes besonders auf der Linzer Seite zahlreiche Häuser geopfert werden. Die in der Folge errichteten Finanzgebäude Ost und West bilden seither den nördlichen Abschluß des Hauptplatzes. Bildmitte: Das Hotel Weininger, in welchem Hitler bei seinen Besuchen in Linz nächtigte (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Stenzel).

Zu Beginn des Jahres	Einwohner
1938	112.166
1939	128.177
1940	142.092
1941	156.517
1942	172.144
1943	185.496
1944	190.935
1945	194.186

Das rasche Anwachsen der Bevölkerung, mit dem der Wohnbau infolge der Kriegseinwirkungen in keiner Weise Schritt halten konnte, führte bald zu dramatischer Wohnungsnot und enormen Problemen, auf die an späterer Stelle genauer eingegangen wird.

Der neue Linzer Bürgermeister

Infolge der Vereinbarung von Berchtesgaden zwischen Hitler und Schuschnigg vom 12. Februar 1938 erhielten die Nationalsozialisten eine Woche später die Möglichkeit, sich in Hinblick im Rahmen der Vaterländischen Front politisch betätigen zu können. Für die illegale

Partei war klar, daß dies nur ein erster Schritt zur Macht sein konnte. So versuchte man bereits nach kurzer Zeit, führende politische Funktionen mit Aktivisten der NSDAP zu besetzen. Auch in Linz sind diesbezüglich bereits Gespräche mit Bürgermeister Dr. Bock geführt worden, und zwar sollte der Linzer Kreisleiter der NSDAP, Sepp Wolkerstorfer, die Stelle eines Vizebürgermeisters übernehmen. Dazu kam es aber nicht mehr. Als die Nationalsozialisten am Abend des 11. März 1938 die Macht ergriffen, wurde Wolkerstorfer vom bisherigen Innenminister und künftigen Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Linz bestellt.⁷²

Der Machtwechsel in Linz fand während des Fackelzuges ab etwa 20 Uhr statt. Nachdem der Demonstrationzug, an dessen Spitze Eigruber und Wolkerstorfer marschierten, den Taubenmarkt erreichte, verließen beide die Kundgebung. Eigruber eilte über die Promenade zum Landhaus und Wolkerstorfer begab sich in das Rathaus. Als der Kreisleiter dort eintraf, war das Gebäude bereits von Nationalsozialisten besetzt. Wolkerstorfer nahm sogleich Kontakt mit Magistratsdirektor Dr. Rudolf Wirth auf und ordnete an, daß alles vorläufig so weiterlaufen sollte wie bisher und keine Änderungen und Umbesetzungen durchgeführt werden dürften.

Am Vormittag des nächsten Tages (12. März) bat das neue Stadtoberhaupt den abgesetzten Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock zu sich in das Rathaus und ersuchte ihn, den Schreibtisch aufzusperren und seine persönlichen Sachen mitzunehmen. Anschließend ließ sich Wolkerstorfer, der als gelernter Hutmacher und Inhaber eines Herrenmodengeschäftes auf der Landstraße vermutlich wenig Erfahrung in bezug auf die Organisation, Aufgaben und Tätigkeiten der Stadtverwaltung hatte, von führenden Beamten des Magistrates informieren. Im Rahmen dieser Gespräche wurde auch offenkundig, daß kein Geld vorhanden war, um am 15. März die Gehälter der Bediensteten auszubezahlen. Der Finanzdirektor löste das Problem, indem er kurzerhand ein im Eigentum der Stadt befindliches Gebäude an eine Bank verpfändete und damit die Auszahlung der Löhne zum vorgesehenen Zeitpunkt sicherstellte.⁷³

Der erste Aufruf des neuen Bürgermeisters an die Linzer Bevölkerung, datiert mit 11. März 1938, hatte folgenden Wortlaut:⁷⁴

Linzer!

Als geborener Linzer und mit den Verhältnissen unserer Heimatstadt durch und durch vertraut, begrüße ich die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt anlässlich meines Amtsantrittes.

Als Sohn eines Hilfsarbeiters, langjähriger Fabrikarbeiter, kenne ich aus eigener Erfahrung die Verhältnisse des Arbeiters. Als kleiner Handwerker beginnend und zum Geschäftsmann emporgearbeitet, kenne ich die Belange der Geschäftswelt.

Auf Grund privater Studien und meiner abschließenden Schulung in einer deutschen Reichsschulungsburg ist mir die Möglichkeit in die Hand gegeben, die neuen Agenden klaglos zu führen.

Als langjähriger Hoheitsträger des Kreises Linz steht mir ein Stab von zuverlässigen, treuen Mitarbeitern zur Verfügung. Mein Streben und meine ganze Kraft wird dem Wohl unserer Heimatstadt gelten.

Heil Hitler!

Sepp Wolkerstorfer konnte mit Recht als „alter Kämpfer“ bezeichnet werden. Er trat 1932 der NSDAP bei, wurde Mitte 1933 Propagandaleiter des Bezirkes Linz-Land und Sektionsleiter im Kreis Linz-Stadt und 1934 Stellvertreter des Linzer Kreisleiters. Bereits Ende 1934 übernahm

⁷² Georg Grüll, Das Linzer Bürgermeisterbuch. Linz 1959, 122.

⁷³ Botz, Hitlers Aufenthalt (wie Anm. 57), 201 ff.

⁷⁴ Linzer Volksblatt (Sonntagsausgabe) vom 12. März 1938, Nr. 59, 1.



Abb. 14: Sepp Wolkerstorfer, geboren am 1. September 1905 in Linz, 11. März 1938 bis 26. Mai 1938 Bürgermeister, 27. Mai 1938 bis 7. Dezember 1939 Oberbürgermeister, 7. Dezember 1939 bis 31. Dezember 1940 Bürgermeister, gestorben am 20. Mai 1990 (Foto: AStL, Dokumentation).

Wolkerstorfer die Führung des Kreises Linz, welche er bis zur Übernahme der Geschäfte des Bürgermeisters der Stadt Linz innehatte. (Aufgrund der im Reichsorganisations-Statut der Partei festgelegten Unvereinbarkeit eines Bürgermeisters einer Großstadt mit über 100.000 Einwohnern und einer Kreisleiterfunktion mußte Wolkerstorfer sein Kreisleiteramt zurücklegen).

Wegen seiner illegalen Tätigkeit für die NSDAP war Parteigenosse Wolkerstorfer viele Male im Gefängnis. Oft nur kurze Zeit in Freiheit, wurde er bereits wieder mehrere Wochen oder Monate inhaftiert.⁷⁵ Doch trotz jahrelanger Repressalien des autoritären Regimes hielt Wolkerstorfer unbeirrbar an seiner Ideologie und an seinem Kampf für den Nationalsozialismus fest. Nun hatten die „alten Kämpfer“ ihr Ziel erreicht. Unter unbeschreiblichem Jubel hunderttausender Menschen war Österreich nationalsozialistisch geworden.

Die Linzer Stadtverwaltung nach der Wende

Eine Woche nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, und zwar am 18. März 1938, erfolgte in Linz die Bildung einer neuen Stadtregierung. Mit Berufung auf Paragraph 11 und 12 des Stadtrechtes von 1935 ernannte Bürgermeister Sepp Wolkerstorfer fünf „erprobte national-

⁷⁵ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 30. März 1938, Nr. 75, 6.

Der Oberbürgermeister
der Stadt LINZ,
Gau Oberdonau.

Verhandelt
14. Juli 1939
Linz, den

Niederschrift über die Vereidigung des

..... P o s c h Franz

geboren am 3.10.1897 Königl. Weinberge, Prag
..... in

Dem Erschienenen wurde die Eidesformel vorgelesen. Er wurde auf die Bedeutung des Treueides hingewiesen. Er wiederholte unter Erheben der rechten Hand die ihm vorgesprochene Eidesformel:

" Ich schwöre; Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

v.g.u.
.....
.....

Dies wird unterschriftlich bescheinigt
.....
.....

.....

Abb. 15: Niederschrift über die Ablegung des Diensteides. Auf Anordnung des Reichskanzlers vom 15. März 1938 hatte jeder öffentliche Beamte (ausgenommen jüdische Beamte) des Landes Oberösterreich den Treueeid auf den Führer zu leisten (ASL, Personalamt, Personalakt Posch).

sozialistische Kampfgenossen“ zu Mitgliedern des Stadtrates, nämlich SA-Obersturmführer Karl Obermayr zum Bürgermeister-Stellvertreter sowie Kreisleiter-Stellvertreter Walter Gasthuber, SA-Standartenführer Hans Minichshofer, SS-Untersturmführer Dr. Heinrich Steinsky und Mitglied der Kreisleitung Hans Zimmermann zu Stadträten.

Folgende Geschäftsverteilung wurde vorgenommen:⁷⁶

Bürgermeister Wolkerstorfer: Personalangelegenheiten, Bau- und Straßenwesen, Stadtgartenangelegenheiten, Sportwesen, Beleuchtungsangelegenheiten.

Bürgermeister-Stellvertreter Obermayr: Handel und Gewerbe, Markt- und Ausstellungswesen, Fremdenverkehr, Bäder, städtische Schulen, städtische Amts- und Wohngebäudeverwaltung.

Stadtrat Gasthuber: Fürsorgewesen, Agenden des Wohnungsfürsorgeamtes, Versorgungshaus, Volksküche, Allgemeines Krankenhaus.

Stadtrat Minichshofer: Städtische Betriebe und Unternehmungen, Gaswerk, Wirtschaftshof, Schlachthof, Siedler- und Schrebergartenverkehr.

Stadtrat Dr. Steinsky: Abgabewesen, Liegenschaftsverkehr, Angelegenheiten der freiwilligen Aufnahme in den Gemeindeverband, Feuer- und Wasserwehren.

Stadtrat Zimmermann: Allgemeine Finanzen.

Einen Gemeinderat gab es in Linz erst wieder ab 3. Februar 1939, wobei diesem Organ lediglich beratende Funktion zukam. Bei politischen Entscheidungsprozessen spielte der Gemeinderat eher eine unbedeutende Rolle, da die meisten Entscheidungen des Oberbürgermeisters bereits vor den Ratstagungen feststanden und die Befassung des Gemeinderates kaum mehr als eine formelle Handlung war.

Mit Erlaß vom 15. März 1938 ordnete der Reichskanzler an, daß die öffentlichen Beamten des Landes Österreich und damit auch die Magistratsbeamten unverzüglich folgenden Diensteid zu leisten hatten: *Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.*

Jüdische Beamte durften den Eid nicht ablegen. Wer den Eid verweigerte, war vom Dienst zu entheben.⁷⁷

Die großen personellen Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung spielten sich vor allem auf politischer Ebene und weniger im Bedienstetenbereich ab. Natürlich kam es nach dem Machtwechsel auch beim Magistrat Linz zu personalpolitischen Maßnahmen, die für die Betroffenen teilweise schlimme Folgen hatten. Die Anzahl der Dienstenthebungen, Entlassungen oder Umbesetzungen war jedoch auf Beamtenebene nicht so hoch wie in anderen Bereichen. Innerhalb der ersten drei Wochen der NS-Diktatur wurden folgende Magistratsbeamte bzw. -angestellte in leitender Stellung verhaftet und/oder vom Dienst enthoben und ihre Bezüge auf die Hälfte herabgesetzt: Dr. Eugen Carsen (Direktor der städtischen Mädchen-Mittelschulen), Dr. Robert Flatz (Vorstand des Jugend- und Fürsorgeamtes), Dr. Johannes Kretz (Direktor des Krankenhauses der Stadt Linz), Rudolf Repinz (Direktor des Wirtschaftshofes), Hermann Studlar (Vorstand der Magistratsdirektion).⁷⁸ Kurze Zeit später ist auch der Direktor

⁷⁶ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. März 1938, Nr. 6, 66.

⁷⁷ Linzer Volksblatt (Morgenausgabe) vom 16. März 1938, Nr. 62, 2.

⁷⁸ AStL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a, Schreiben an den Staatskommissär beim Reichsstatthalter in Wien vom 8. April 1938.

des Marktamtes Dr. Hans Frenzel inhaftiert und vom Dienst enthoben worden. Im Oktober 1938 mußte Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Kurt Kühne gegen seinen Willen um Versetzung in den dauernden Ruhestand ansuchen.⁷⁹

Nationalsozialisten als „Postenjäger“

Die personellen Maßnahmen nach dem Umsturz waren sicherlich in erster Linie politisch motiviert. Daß es dabei auch zu Auswüchsen und eklatanten Mißbräuchen kam, geht aus einer Anordnung des Gauleiters Josef Bürckel⁸⁰ hervor, die am 22. März 1938 in der Presse veröffentlicht wurde. Der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich gab folgendes bekannt:

1. Wer die Umbesetzung einer Stelle verlangt, kann niemals Anwärter auf dieselbe Stelle sein.
2. Um überhaupt Postenjäger dieser Art unschädlich zu machen, habe ich heute zwei solche Antragsteller sofort in Haft nehmen lassen und werde in der Folge in gleicher Weise verfahren.

In der Tages-Post heißt es dazu weiters:⁸¹

Es ist geradezu widerlich anzusehen, wie sich seit dem Umbruch Leute in den Vordergrund schieben, um entweder in der Partei oder im Staate nach Posten zu jagen. Leute, die in der Kampfzeit weder durch den Einsatz ihrer Kräfte, noch durch sonstige Fähigkeiten aufgefallen wären ...

Postenjägerei ist in den Augen der Nationalsozialisten ebenso übel wie gefährlich, schadet dem ruhigen Aufbau und wird deshalb mit den schärfsten Mitteln verfolgt.

Ähnlich, wenn auch nicht in so scharfer Form, äußerte sich einen Monat später der oberösterreichische Landeshauptmann August Eigruber in einer Weisung an alle Gliederungen der NSDAP sowie an die Regierungsmitglieder und an alle Behörden, Ämter und Anstalten in Oberösterreich. Der Gauleiter ordnete an, daß für die Stellenvermittlung, welche in erster Linie für alte Kämpfer in Frage komme, neben dem Arbeitsamt einzig der von ihm beauftragte Parteigenosse (Pg.) Karl Wiesmayer in der Gauleitung Linz, Landstraße 36, zuständig sei. Alle Empfehlungen – auch von Wiener Stellen – seien abzulehnen. Eigruber bestimmte ferner: *Die bekannte, gerade im vergangenen System berüchtigt gewordene Protektionswirtschaft hat im nationalsozialistischen Deutschland keinen Platz. Der einzelne Funktionär der Partei, wenn es auch der Höchste ist, hat nicht das Recht, seinen Bekannten direkt Stellen zuzuweisen.*⁸²

Viele der in den ersten Wochen durchgeführten Maßnahmen wie Enteignungen, Entlassungen oder Zwangsbeurlaubungen mußten später wieder rückgängig gemacht werden. Auch Magistratsbeamte und -angestellte, die am Anfang vom Dienst enthoben wurden, sind nachher zum Teil wieder in Dienst gestellt worden, verloren aber meistens endgültig ihre ehemals leitende Stellung.

⁷⁹ AStL, Personalamt, Personalakt Dr. Hans Frenzel und Dipl.-Ing. Kurt Kühne.

⁸⁰ Josef Bürckel war Gauleiter der Saarpfalz und wurde vom Führer zum Beauftragten für die Volksabstimmung in Österreich berufen.

⁸¹ Tages-Post (Abendblatt) vom 22. März 1938, Nr. 68, 1.

⁸² AStL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a, Weisung des Gauleiters und Landeshauptmannes vom 19. April 1938, Zl. 45/2.

Einführung der Deutschen Gemeindeordnung

War in Linz der erste nationalsozialistische Stadtrat am 18. März 1938 noch auf der Grundlage des Stadtrechtes 1935⁸³ bestellt worden, so folgte im Laufe des Jahres 1938 nach und nach eine Anpassung der Verwaltungsorganisation an die deutschen Vorschriften. Die ersten diesbezüglichen Veränderungen im Bereich der Linzer Stadtverwaltung gab es jedoch vorerst nur auf politischem Gebiet. Am 27. Mai 1938 ernannte Landeshauptmann Eigruber den Bürgermeister von Linz, Sepp Wolkerstorfer, zum Oberbürgermeister.⁸⁴ Diese in Deutschland gebräuchliche Amtsbezeichnung war in der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Jänner 1935,⁸⁵ die in Österreich allerdings erst mit 1. Oktober 1938 eingeführt wurde, verankert.

Gemäß diesem Gesetz führte der Bürgermeister, der in Stadtkreisen⁸⁶ Oberbürgermeister hieß, die Gemeindeverwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung. Lediglich dem Beauftragten der NSDAP war in bestimmten Bereichen ein Zustimmungs- und Mitspracherecht eingeräumt.

Als Stellvertreter standen dem Bürgermeister bzw. dem Oberbürgermeister Beigeordnete zur Seite. In Stadtkreisen führte der erste Beigeordnete die Amtsbezeichnung Bürgermeister, der mit der Verwaltung des Geldwesens beauftragte Beigeordnete hieß Stadtkämmerer, die übrigen Stadträte. Obwohl jedem Beigeordneten bestimmte Arbeitsgebiete der Verwaltung zugewiesen waren, traf grundsätzlich allein der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister die Entscheidungen.

De facto keinerlei Befugnisse hatte der Gemeinderat. Die in der Deutschen Gemeindeordnung (§ 48) den Gemeinderäten (in Städten Ratsherren) zugewiesenen Aufgaben bestanden darin, *die dauernde Fühlung der Verwaltung der Gemeinde mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern. Sie haben den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen.*

Die Ratsherren hatten ihr Amt ehrenamtlich auszuüben, ebenso wie der Bürgermeister und die Beigeordneten in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern. Die Amtsperiode für die einzelnen Gemeinderäte betrug sechs Jahre, jene der hauptamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten zwölf Jahre.

Die Zahl der Gemeinderäte (in Stadtkreisen höchstens 36) sollte in der Hauptsatzung festgelegt werden, welche jede Gemeinde mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu erlassen hatte.

Mit der Bestellung Wolkerstorfers zum Oberbürgermeister am 27. Mai 1938 war nun in Linz der erste Schritt in Richtung Anpassung der bestehenden Gemeindeorganisation an die Grundsätze der Deutschen Gemeindeordnung gesetzt worden. Andererseits war nach wie vor das Stadtrecht von 1935 in Kraft, das auch weiterhin als Grundlage für die Durchführung bestimmter Maßnahmen, wie z. B. die Ernennung eines Stadtrates, diente. Als Walter Gasthuber zum Kreisleiter der NSDAP des Bezirkes Linz-Land bestellt wurde und daher als Stadtrat ausschied, ernannte der Oberbürgermeister mit Berufung auf § 12 des Stadtrechtes

⁸³ Landesgesetzblatt für Oberösterreich 1935, 17. Stück, Nr. 40 u. 41, Gesetz vom 9. Juli 1935, 105 ff.

⁸⁴ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juni 1938, Nr. 11, 103.

⁸⁵ Deutsche Gemeindeordnung (wie Anm. 1), 49 ff.

⁸⁶ Stadtkreise waren in Österreich die Städte Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Krems, Linz, Salzburg, St. Pölten, Steyr, Villach und Wiener Neustadt.

1935 am 7. Juni 1938 den Organisationsleiter des Kreises Linz der NSDAP, Anton Körpert, zum Nachfolger.⁸⁷

Die nächste größere organisatorische Maßnahme, diesmal bereits in Übereinstimmung mit der Deutschen Gemeindeordnung, erfolgte einige Wochen später. Der Stadtrat (als Kollegialorgan) ist um ein zusätzliches Mitglied erweitert worden, verbunden mit einer Neuaufteilung der Arbeitsgebiete des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters, des Stadtkämmerers und der vier Stadträte. Das neue Amt erhielt NSKK-Standartenführer Josef Wasenbelz.⁸⁸

Mit Verordnung des Reichs-Innenministers vom 15. September 1938 ist schließlich auch im Land Österreich die Deutsche Gemeindeordnung (mit Wirkung vom 1. Oktober 1938) definitiv eingeführt worden.⁸⁹

Erste größere Änderungen in der Verwaltungsorganisation

Auf dem Gebiet der Ämterorganisation kam es innerhalb des ersten halben Jahres nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nur zu geringfügigen Veränderungen, wie beispielsweise die Einrichtung der Stelle eines Personalsachbearbeiters am 12. Mai 1938, der künftig für sämtliche Personalangelegenheiten zuständig und unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt war,⁹⁰ oder die Umbenennung des Kommunalstatistischen Amtes in „Städtisches Kulturamt“.⁹¹

Erst die Einführung bestimmter deutscher Gesetze wie das Ehegesetz und die Gemeindeordnung sowie die ständige Vermehrung der Aufgaben der Stadtverwaltung vor allem im Zusammenhang mit dem stürmischen Wachstum der Stadt und dem gewaltigen Aufbauprogramm führten im Herbst 1938 zu größeren Organisationsmaßnahmen, insbesondere zur Errichtung neuer Dienststellen (z. B. Standesamt, Hafenverwaltung). Am 24. Oktober erließ Bürgermeister Wolkerstorfer nachstehenden Organisationsplan, der auf die damaligen Verhältnisse und Bedürfnisse sowie gesetzlichen Grundlagen abgestimmt war. Gleichzeitig wurde auch eine der neuen Verwaltungsgliederung entsprechende Änderung der Zuständigkeiten der Bürgermeister und Beigeordneten verfügt.⁹²

Organisationsplan (24. Oktober 1938)

A. Allgemeine Verwaltung

0

Hauptverwaltung: Allgemeine Angelegenheiten, Organisation und Geschäftsführung, Hilfsamt und Akte, Ratskanzlei, Pressestelle, Auswärtige Amtsstellen (Kleinmünchen, St. Magdalena, Ebelsberg).

⁸⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1938, Nr. 12, 116.

⁸⁸ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. August 1938, Nr. 13, 6. (NSKK = NS-Kraftfahrerkorps).

⁸⁹ Reichsgesetzblatt 1938, Nr. 143, Teil I, 167 ff.

⁹⁰ AStL, Präsidialamt 1938, Sch. 1a, Verfügung des Bürgermeisters vom 12. Mai 1938.

⁹¹ Das im Jahr 1919 gegründete Kommunalstatistische Amt (Archiv, Bibliothek, städtische Sammlungen, Statistik) ist am 10. Oktober 1938 in „Städtisches Kulturamt“ umbenannt worden. Ab nun war dieses Amt auch für die Errichtung und Führung einer Volksbücherei zuständig (Amtsblatt der Stadt Linz vom 1. Dezember 1938, Nr. 17, 4).

⁹² AStL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a.

Personal- und Besoldungsamt

Rechtsabteilung

Amts- und Gebäudeverwaltung; Siedlungsamt

Statistisches Amt

Standesamt

Wahlamt

Heeres (Einquartierungs)amt

Amt für Handels- und Gewerbesachen

Versicherungsamt

Preisprüfungsstelle

1

Verkehr mit der staatlichen Polizei

Luftschutzwesen

Feuerwehrwesen

B. Wissenschaft und Volksbildung

2

Schulverwaltung

Allgemeine Schulverwaltung

Volksschulen

Mittelschulen

Höhere Schulen

Gewerbliche Fortbildungsschulen

Schüler- und Jugendheime

Erhaltung

3

Kulturamt

Wissenschaftlicher Dienst

Museum

Bibliothek

Theaterwesen

Archiv

Sammlungen

C. Wohlfahrtswesen

4

Wirtschaftliche Fürsorge (Fürsorgeamt)

Verwaltung

Sonderfürsorge

Allgemeine Fürsorge

Gehobene Fürsorge

Wohnungsfürsorge

Geschlossene Fürsorge (Versorgungshaus)

Jugendwohlfahrt (Jugendamt)

5

Gesundheitsamt**Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhaus, Schulzahnklinik und Volksküche)**

Leibesübungen

Badewesen

D. Bauwesen

6

Hochbauamt

Verwaltung

Entwurf

Kostenberechnung

Ausführung

Erhaltung

Maschinen-Heizungs-Lüftungswesen

Straßenbeleuchtung

Altstadtsanierung

Tiefbauamt

Verwaltung

Straßenneubau

Straßenerhaltung

Entwässerung

Brücken- und Wasserbau

Stadtplanungsamt

Verwaltung

Gesamtplanung

Einzelplanung

Vermessungsamt**Stadtgartenamt**

Verwaltung

Erhaltung

Entwurf

Neubau

Kleingartenwesen

Stadtbauamt (Baupolizei)

Verwaltung

Baupolizeianträge

Statische Überprüfungen

Wohnungsmangelbeschwerden

Stadtbild und Bauberatung
Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues
Wohnungsberatung öffentlicher Dienststellen

E. Wirtschaftswesen

7 und 8

Städtische Werke

Gaswerk
Wasserwerk
Wirtschaftshof (Straßenreinigung und Fuhrpark)
Marktamt
Schlacht- und Viehhofverwaltung
Beschaffungs- und Vergebungsamt
Kaufmännische Verwaltung
Hafenverwaltung
Fremdenverkehr
Vierjahresplan

F. Finanzwesen

9

Vermögens- und Schuldenverwaltung
Steuerverwaltung
Stadtbuchhaltung
Stadthauptkasse
Vollstreckungsamt
Grundstück-Verwaltung
Überprüfungsamt

Aufteilung der Arbeitsgebiete (24. Oktober 1938)

- I. Oberbürgermeister:** Er ist Führer der Gemeinde und Chef der Hoheitsverwaltung. Der Oberbürgermeister kann jede Abteilung an sich ziehen. Er führt und beaufsichtigt die gesamte Gemeindeverwaltung. Direkt untersteht ihm die Personalverwaltung.
- II. Bürgermeister:** Er vertritt als erster Beigeordneter in der Beaufsichtigung der Gemeindeverwaltung den Oberbürgermeister und hat als solcher das Aufsichtsrecht über die Gruppen: A (Allgemeine Verwaltung), B (Wissenschaft und Volksbildung), C (Wohlfahrtswesen), D (Bauwesen) und E (Wirtschaftswesen). Direkt unterstehen ihm als Chef folgende Gruppen: A (Allgemeine Verwaltung) mit Ausnahme der Personalverwaltung, die direkt dem Oberbürgermeister, und der Rechtsabteilung, die direkt dem Stadtrechtsrat unterstehen. Weiters unterstehen ihm direkt aus der Gruppe E (Wirtschaftswesen) folgende Abteilungen: Marktamt, Beschaffungs- und Vergebungsamt, Hafenverwaltung und Fremdenverkehr sowie Vierjahresplan.
- III. Stadtkämmerer:** Ihm unterstehen als Chef direkt die ganze Gruppe F (Finanzwesen), weiters aus der Gruppe E die Abteilung Kaufmännische Verwaltung.

- IV. Stadtbaudirektor:** Ihm unterstehen als Chef sämtliche Abteilungen der Gruppe D (Bauwesen).
- V. Stadtrechtsrat:** Ihm untersteht als Chef aus der Gruppe A die Rechtsabteilung.
- VI. Stadtrat für Wissenschaft und Volksbildung:** Ihm unterstehen als Chef direkt sämtliche Abteilungen der Gruppe B (Wissenschaft und Volksbildung).
- VII. Stadtrat für Wirtschaftswesen:** Ihm unterstehen als Chef folgende Abteilungen; aus der Gruppe E (Wirtschaftswesen) Gaswerk, Wasserwerk, Wirtschaftshof, Straßenreinigung und Fuhrpark, Schlacht- und Viehhofverwaltung. Aus der Gruppe C (Wohlfahrtswesen) Krankenhaus.
- VIII. Stadtrat für Wohlfahrtswesen:** Ihm unterstehen als Chef direkt sämtliche Abteilungen der Gruppe C (Wohlfahrtswesen), mit Ausnahme des Krankenhauses.

Während der Amtszeit von Oberbürgermeister Sepp Wolkerstorfer erfolgten im Verwaltungsbereich nur mehr kleinere Umstrukturierungen. Die dringend notwendige umfassende Verwaltungsreform nahm erst der Nachfolger Wolkerstorfers, Dr. Leo Sturma, im Sommer 1940 in Angriff.

Aktivitäten des Bürgermeisters

Auf die umfangreichen Tätigkeiten der damaligen Bürgermeister näher einzugehen, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Um jedoch einen groben Überblick insbesondere



Abb. 16: Barackenlager Wegscheid. Als eine der vordringlichsten Aufgaben bezeichneten die neuen Machthaber die Beseitigung der Wohnungsnot und des schrecklichen Barackenelends in Linz (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Weidinger).



Abb. 16: Am 27. März 1938 erhielten zirka 500 Einwohner des Barackenlagers Wegscheid von der deutschen Schutzpolizei ein Mittagessen (Foto: AStL, Dokumentation, Slg. Weidinger).

über die ersten Maßnahmen zu erhalten, sollen einige Aktivitäten angeführt werden, und zwar in erster Linie solche, die in der Öffentlichkeit ausdrücklich hervorgehoben wurden oder die von besonderem öffentlichem Interesse waren.

Bereits am 14. März 1938 besuchte Bürgermeister Wolkerstorfer in Begleitung des geschäftsführenden Kreisleiters der NSDAP, Walter Gasthuber, das Obdachlosenheim Hagenauergut und informierte sich über die dortigen Zustände. In seiner Ansprache an die Heiminsassen führte der Bürgermeister unter anderem aus:⁹³

Mein erstes Bestreben wird sein, bis zu dem Zeitpunkt, in dem durch den Nationalsozialismus die Arbeitslosigkeit behoben sein wird, für die Linderung der ärgsten Not zu sorgen. Die Behebung des traurigen Loses der Kinder liegt mir persönlich besonders am Herzen! Jedes Kind soll täglich sein warmes Mittagessen haben. Für dieses notleidende Stadtviertel wird schon in nächster Zeit ein Kindergarten durch die NS-Frauenschaft errichtet werden. Die trostlose Kahlheit der Räume muß verschwinden. Wir werden zunächst ein Rundfunkgerät zur Aufstellung bringen und Zeitungen sowie Bücher auflegen. Wöchnerinnen sind weitestgehend zu unterstützen und mit Kindswäsche und Lebensmitteln zu beteiligen und ihnen nach der Entbindung ein vierzehntägiger Landaufenthalt zu verschaffen.

Die Beseitigung der Wohnungsnot und des schrecklichen Barackenelends galt als eine der vorrangigsten Aufgaben der Stadtverwaltung. Nachdem der Bürgermeister am 27. März 1938 im Rahmen einer Ausspeiseaktion deutscher Polizeieinheiten das Barackenlager Wegscheid

⁹³ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 16. März 1938, Nr. 63, 7.

besichtigte, fand vier Tage später im Rathaus eine Besprechung mit Vertretern des Baugewerbes und mit Architekten über Möglichkeiten zur Bewältigung der Wohnungsmisere statt. Bei diesem Gespräch wurde vereinbart, sofort 50 Doppelhäuser für 100 Familien zu bauen sowie in Kürze die Errichtung von 100 Kleinwohnungen in Reihenhausblockform in Angriff zu nehmen.

Die Zuweisung dieser Häuser bzw. Wohnungen sollte einerseits an Leute aus den Linzer Elendsvierteln erfolgen, andererseits wollte man bei der Vergabe vor allem auch alte, verdiente Parteigenossen, die in schlechten Wohnverhältnissen lebten, berücksichtigen.⁹⁴

Ein weiterer Versuch, die Wohnungsnot zu bekämpfen, war der Aufruf des Bürgermeisters am 2. April 1938 an alle Hausbesitzer, die im Gemeindegebiet gelegenen leerstehenden Wohnungen binnen drei Wochen beim Magistrat Linz zu melden.⁹⁵ Vermutlich fand diese Anordnung bei den Betroffenen wenig Widerhall, da am 1. Juni 1938 im Amtsblatt der Stadt Linz abermals eine Aufforderung mit demselben Inhalt erschien und der Oberbürgermeister die Hausbesitzer am 5. August neuerlich, dieses Mal mittels Kundmachung, verpflichtete, leerstehende Wohnungen, Büroräume, Geschäftslokale und Lagerräume beim Magistrat anzumelden. Das Recht zur Vermietung dieser Räumlichkeiten sowie das Recht, die Aufteilung von Großwohnungen zu veranlassen, stand dem Oberbürgermeister zu.⁹⁶

Obwohl in den ersten Jahren der NS-Herrschaft eine enorme Neubautätigkeit herrschte und große Anstrengungen unternommen wurden, die drückende Wohnungsnot in Linz zu beseitigen, ist es keineswegs gelungen, dieses Problem auch nur annähernd zu lösen. Ursache dafür war das rasche Anwachsen der Linzer Bevölkerung sowie der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der die Wohnungssituation noch drastisch verschärfte.

Der Wohnungsbau mußte schon 1940 zurückgenommen werden, für 1941 wurde bereits ein Kriegsnotprogramm erstellt, 1942 und vor allem 1943 versuchte man, wenigstens die schon begonnenen Bauvorhaben fertigzustellen und spätestens ab 1944 gab es fast nur mehr eine kriegsbedingte bzw. kriegsnotwendige Bautätigkeit, wie z. B. die Errichtung von Stollenanlagen, Splittergräben, Löschteichen und später die Behebung von Bombenschäden.⁹⁸

Eine weitere Maßnahme des Oberbürgermeisters, verbunden mit einer Kundgebung der Nationalsozialisten erregte in Linz großes Aufsehen, nämlich die Schließung des alten Polizeigefängnisses⁹⁹ in der Rathausgasse am 31. Mai 1938. Mehrere Male berichtete die Presse in den letzten Wochen ausführlich über die unmenschlichen Zustände, die in diesen Gefängniszellen geherrscht hatten.

Während der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg waren fast alle nunmehrigen Linzer Nazi-Größen mehr oder weniger lang im alten Polizeigefängnis eingesperrt. In den mit Holzpritschen, Öfen und Notdurftkübeln ausgestatteten Vier-Mann-Zellen „schmachteten“ manchmal 12–14 Häftlinge, geplagt von Läusen, Wanzen und oft unerträglichem Gestank.¹⁰⁰

⁹⁴ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. April 1938, Nr. 7, 74 f.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Amtsblatt der Stadt Linz vom 1. September 1938, Nr. 14, 9.

⁹⁷ Siehe Kapitel „Aufbauprogramm“.

⁹⁸ Nähere Ausführungen in den folgenden Abschnitten.

⁹⁹ Im Amtsgebäude der Linzer Polizeidirektion in der Mozartstraße wurde 1937 ein neues Gefangenenhaus errichtet, daher die Bezeichnung „altes Polizeigefängnis“ in der Rathausgasse.

¹⁰⁰ Tages-Post (Sonntagsblatt) vom 26. März 1938, Nr. 72, 11.

Nach dem Machtwechsel änderte sich die Situation vorläufig nur insofern, als jetzt die Gegner der Nationalsozialisten in dieses Gefängnis gesperrt wurden. Einer von den prominenten Häftlingen war der ehemalige Linzer Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock.

Als er sich über die unzumutbaren Verhältnisse im Gefängnis beschwerte, erntete er auch bei seinen früheren Untergebenen, den Magistratsbediensteten, Hohn und Spott. In einem Bericht über den ersten Appell der NS-Betriebszelle Magistrat, welcher unter der Mitwirkung der Schutzpolizeikapelle und der Magistratsmusik am 28. März 1938 im Linzer Volksgartensaal stattfand, hieß es unter anderem:¹⁰¹

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Zellenobmannes Parteigenosse Sepp Straßer hielt Parteigenosse Dr. Franz Mayrhofer einen zündenden Appell, der bei den Zuhörern begeisterten Widerhall weckte. Besonderen Beifall fand Mayrhofer, als er auf die früheren Zwangsversammlungen der Vaterländischen Front hinwies und diesen die freiwillige, unbeeinflusste heutige Massenteilnahme entgegenstellte. Gelächter durchbrauste den Saal, als Mayrhofer, der selbst monatelang im Linzer Polizeigefängnis saß, die



Abb. 18: Als großes Ereignis wurde die offizielle Schließung des alten Linzer Polizeigefängnisses in der Rathausgasse am 31. Mai 1938 gefeiert. Im Bild eine mit Holzpritsche und Notdurftkübel ausgestattete Zelle (Foto: AStL, Dokumentation).



Abb. 19: Oberbürgermeister Sepp Wolkerstorfer (Mitte stehend) im Kreise von „alten Kämpfern“ in einer Zelle des alten Polizeiarrests (Foto: AStL, Dokumentation).

¹⁰¹ Linzer Volksblatt (Abendausgabe) vom 30. März 1938, Nr. 74 A, 3.

Empfindlichkeit Dr. Bocks erwähnte, dem heute das Polizeigefängnis im Rathause zu wenig Bequemlichkeit und Reinlichkeit biete und der als früherer Machthaber auf Beschwerden nationalsozialistischer Häftlinge über die skandalösen Zustände der Arrestlokale keine Antwort hatte. Wohl aber hat Dr. Bock nunmehr selbst über den Zustand der Zellen Beschwerde geführt, worauf er die Antwort erhielt: Er hätte ja vier Jahre Zeit gehabt, die unwürdigen Zustände abzustellen.

Die endgültige Auflassung des alten Gefängnisses am 31. Mai 1938 nutzten die Nationalsozialisten entsprechend propagandistisch aus. Fahnen zierten die Häuser und tausende Menschen säumten die Straßen der Stadt, um beim „Marsch der Zuchthäusler“ dabei zu sein. Der Demonstrationzug wurde von zwei Schubwagen der Polizei („grünen Heinrichs“) angeführt, gefolgt von der SA-Musik und den ehemaligen Häftlingen, an deren Spitze Oberbürgermeister Sepp Wolkerstorfer marschierte, der selbst mehrmals Insasse des Polizeigefängnisses war. Den Abschluß des Zuges bildeten NS-Verbände und Parteiorganisationen. Auf einem mitgeführten Spruchband stand zu lesen: *Und wir haben doch gesiegt!*¹⁰²

Auch damals war der Oberbürgermeister (so wie heute der Bürgermeister) Vorsitzender des Stadtschulrates Linz. In dieser Funktion verfügte Wolkerstorfer auf Antrag des Stadtschulinspektors Friedrich Kinzl die Absonderung der jüdischen Kinder von den übrigen Schülern in den Linzer Volks- und Hauptschulen sowie die Einrichtung einer eigenen Judenschule. Da die Klassenräume der Hilfsschule I in der Altstadt nachmittags leer standen, wurden die betroffenen rund 20 Kinder jüdischer Rasse und Konfession ab 23. Mai 1938 in dieser Schule zusammengefaßt und getrennt von den anderen Schülern unterrichtet. Halbjuden waren von der Regelung ausgenommen.¹⁰³

Die Aktivitäten des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters waren natürlich nicht nur nach außen gerichtet, auch im Magistratsbereich kam es zu zahlreichen Veränderungen bzw. Neuerungen. Neben den bereits erwähnten personalpolitischen Maßnahmen und der erst 1940/41 ernsthaft in Angriff genommenen Umorganisation der Verwaltung wurden z. B. neue Formvorschriften eingeführt, das Besoldungsrecht geändert, Verbote ausgesprochen oder die Pflichten der Bediensteten erweitert.

Über eine der ersten Maßnahmen dieser Art, nämlich die Erhöhung der Mindestbezüge der Vertragsbediensteten rückwirkend mit 1. März 1938, erschien sogar in der Presse eine ausführliche Mitteilung. Titel des Berichtes: „Der Linzer Bürgermeister hilft den Ärmsten“.¹⁰⁴

Die meisten Verfügungen gelangten kaum an die Öffentlichkeit. Am 13. Juni 1938 ordnete der Oberbürgermeister an, daß die Behörden im innerdeutschen Schriftverkehr am Schluß den Gruß „Heil Hitler“ anzuwenden hätten. Im internen Schriftverkehr sollte dieser Gruß unterbleiben.¹⁰⁵

Rund zwei Wochen später sind den Bediensteten disziplinarische Maßnahmen angedroht worden, falls sie das Telefon für private Zwecke benützten. Private Telefongespräche waren grundsätzlich verboten, entsprechende Kontrollen wurden angekündigt.¹⁰⁶

Mit Rundschreiben vom 29. Juni 1938 forderte der Oberbürgermeister alle Magistratsbediensteten auf, der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV) und dem „Reichs-Luftschutz-

¹⁰² Tages-Post (Mittagsblatt) vom 1. Juni 1938, Nr. 127, 7.

¹⁰³ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juni 1938, Nr. 11, 108.

¹⁰⁴ Tages-Post (Mittagsblatt) vom 23. März 1938, Nr. 69, 4.

¹⁰⁵ AStL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a, Verfügung des Oberbürgermeisters vom 13. Juni 1938.

¹⁰⁶ AStL, Präsidialamt, Akten 1938, Sch. 1a, Verfügung des Oberbürgermeisters vom 24. Juni 1938.